

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Gerausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 80 A.

Inhalt: „Christlich-nationaler Arbeiterkongress“ — Politische Umschau. — Arbeiterbewegung: Streiks, Aussperrungen, Wahrgelungen, Differenzen. — Befähigung des Verbandes: Vorstandes. Bericht. Aus Ungarn. — Zentralratentasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen zc. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

„Christlich-nationaler Arbeiterkongress“

Dieser Versammlung von Vertretern „Christlicher“ und „nationaler“ Vereine — denen wir die Bezeichnung „Arbeitervereine“ im wahren Sinne des Wortes nicht zugehen — die vom 20. bis 24. Oktober in Berlin stattgefunden hat, haben wir bereits zu ihrem Zusammentritt einige kritische Bemerkungen gewidmet. Es war der zweite derartige Kongress, und er hat sich „bewährt“ in dem Geiste, der den ersten charakterisierte, der vor vier Jahren in Frankfurt a. M. stattfand. Heute wie damals das Buhlen um die Gunst der herrschenden Gewalten, Klassen und Parteien, in Verbindung mit demonstrativer Feindschaftshandlung gegen die Sozialdemokratie. Angegeben sollen in Berlin 300 „Delegierte“ 1178 000 „organisierte Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte“ vertreten haben. Tatsächlich sind viele der „Delegierten“ weder als Arbeiter noch als Arbeitervertreter anzusehen, da sie zum Stande der Unternehmer, Geistlichen und Angestellten gehören. Und unter der angeführten Gesamtzahl der Mitglieder der vertretenen Organisationen sind ohne Zweifel Tausende, die Mitglieder mehrerer Organisationen, doppelt und dreifach gezählt. Auch die deutschen nationalen Handlungsgehilfen, die sich sonst energisch verbitten, zu den Arbeitern gerechnet zu werden, sind in die Gesamtzahl eingerechnet.

An die freien Gewerkschaften hat man selbstverständlich nicht das Ansinnen gestellt, Vertreter zu schicken; hätte man das gewagt, die Einladung würde jedenfalls mit beifolgendem Sarkasmus zurückgewiesen worden sein. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine haben ebenfalls nicht teilgenommen, weil ihnen die Form der Einladung nicht konveniente. Der Zentralrat dieser Vereine lehnte die Einladung ab, mit der Begründung, daß für diesen Kongress „nicht das einheitliche Zusammenwirken aller nationalen Arbeiterberufsvereine das entscheidende Merkmal ist, sondern die Anerkennung der christlichen Richtung dieses Teiles der Arbeiterbewegung“. Hingugefügt wird: „Der von einem aufrichtigen Freunde einer einheitlichen nationalen Arbeiterbewegung unternommene Versuch, eine Basis zu schaffen für das Zusammenwirken aller nationalen Berufsvereine auf dem Kongress, schlug fehl. Für die deutsche Arbeiterbewegung außerhalb der internationalen Sozialdemokratie kann es aber nur einen gemeinsamen Boden geben: die partei- und kirchenpolitisch unabhängige, nationale Organisation. Erst dann, wenn dies begriffen und anerkannt wird von allen außerhalb des Marxismus stehenden deutschen Arbeiterorganisationen, wird die praktische deutsche Arbeiterbewegung nachvoll empfortreten können zum Segen für die Arbeiter und für das deutsche Vaterland.“

Auf diese Begründung seiner Ablehnung braucht der Zentralrat nun gerade nicht sonderlich stolz zu sein. Das Böden auf den „nationalen“ Charakter der Vereine, die berufen sein sollen zu einer „einheitlichen Arbeiterbewegung“, allein ist nicht minder absurd, als die Verknüpfung des „nationalen“ Standpunktes mit dem „christlichen“. Der vernünftige Mensch belächelt sowohl das Schlagwort „nationale Gesinnung“, wie die Phrase von der „christlichen Weltanschauung“.

So waren die „Christlichen“ und „Nationalen“ denn wieder hübsch unter sich. An Ehrungen hat es ihnen nicht gefehlt. Der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Sollweg, der Nachfolger Posadowsky, war mit einem großen Stabe von Geheimräten erschienen, um eine längere Rede zu halten. Er sagte, man habe „die Güte gehabt“, ihn einzuladen, und er sei dieser Einladung „mit Freude gefolgt“; denn das Amt, zu dessen Führung er berufen worden, gehe auch die Verhältnisse des Arbeiterstandes an. Er sei dankbar für die ihm gebotene Gelegenheit, „mit Vertretern der verschiedenen Berufsstände in persönlicher Berührung zu kommen“. Weiter sagte er: gewiß sei es „natürlich und völlerberechtigt“, daß Arbeiter sich zu Vereinigungen zusammenfänden, um ihre wirtschaftliche, soziale und sittliche Wohlfahrt zu heben. Aber — hübsch artig und wohlgesinnt müssen sie sein, so wie die Regierung und die herrschenden Klassen es wünschen, nicht böse Sozialdemokraten; denn die üben „Terrorismus“. Die sozialdemokratische Bewegung benütze „die Waffen des rücksichtslosesten Zwanges“. So behauptet der Staatssekretär, wie es von ihm schon so oft behauptet worden ist: „Sie“ — so fuhr er fort — „wollen mit anderen Mitteln arbeiten. Sie wollen, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die ihnen eine glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit. Es handelt sich darum, daß Sie unter Festhalten am Vaterlande, an der Treue zu Kaiser und Reich und an der von den Vätern überkommenen Religion für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter entschlossen, aber gemeinsam mit den anderen Gliedern unseres deutschen Volkes zusammenarbeiten wollen, daß Sie dieses Programm immer fester ausbilden und bei ihm ausharren, unbeeinträchtigt um die Werbungen und Verlockungen von links her.“

Die „Christlichen“ jubelten dem Herrn v. Bethmann-Sollweg ob dieser Predigt zu. Aber außerhalb dieser Kreise wird er mit solcher Art, die Arbeiterbewegung zu beurteilen, keinen Beifall finden. Schließlich verheißt er Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung: Reichsvereinsgesetz, Novelle zur Gewerbeordnung und Arbeitskammern. Seine Ausführungen klangen aus in einer Bitte an die Versammlung, „dem Wohle des gesamten Vaterlandes zu dienen“. Wenn er nur auch gesagt hätte, worin sich dieses Wohl seiner Meinung nach begreift. Was dürfen und was müssen die Arbeiter denn nun eigentlich tun, um ihre Lage zu verbessern? „Treue zum Monarchen“ und „religiöse Gesinnung“, Hurrafrei und Beten macht sie nicht satt. Zum Fleiß braucht auch ein Minister sie nicht zu ermahnen. In ehrlicher Arbeit, ehrlicher Religiosität, in Nüchternheit und Zufriedenheit geben ihnen die herrschenden Stände und Klassen wahrlich kein Beispiel. Himmelhoch erhaben über die Moral der „besseren und besten Gesellschaft“ ist die der Arbeiterklasse. Wenn sich „Autoritäten“ berufen glauben, sie zum „Wohlfühlen“ zu ermahnen, so mag „christliche“ Rücksichtigkeit sich daran begreifen; der aufgeklärte, sich seiner Menschenwürde und seiner Menschenwürde bewußt gewordene Arbeiter lächelt mitleidig zu derartigen Leistungen der bevormundenden Geister.

Nach dem Staatssekretär versicherten reaktionäre Abgeordnete, der konservative Pauli-Potsdam, der Nationalliberaler Schwabach, der Freikonservative Ling, der Antisemit Liebermann und der Zentrumsmann Erberger den Kongress ihrer Sympathie. Natürlich fehlte auch eine Huldigungshandlung an den Kaiser nicht. Damit war denn der „nationale“ und „patriotische“ Charakter der Veranstaltung von vornherein genügend konstatiert.

Der Gewerkschaftssekretär Stegerwald-Söln erstattete ein Referat über die politische Lage. Er bereitete den Herren von der Regierung und den Blockpolitikern die unangenehme Ueberraschung, vom Wahlrecht zu sprechen: „Es sei häufig die Rede davon, daß in Deutschland am besten für die Arbeiter gesorgt sei und daß es daher unerklärlich erscheine, warum die Sozialdemokratie ihre heutige Stärke erlangt habe. Daraus folgte man, daß die Arbeiter überhaupt nicht zufriedenzustellen seien, weshalb es an der Zeit sei, einmal in der Fortführung der Sozialpolitik zu rasten. Die eigentlichen Kulturaufgaben seien in Deutschland fast ausnahmslos den Bundesstaaten und Gemeinden überwiesen; zu diesen war aber den unteren Klassen infolge plünderischer Wahlssysteme der Zugang gleichsam versperrt. Auch die christlich-nationalen Arbeiter empfanden diese Wahlssysteme, insbesondere dasjenige zu dem Landtag des größten Bundesstaates, als die denkbar größte Ungerechtigkeit. Sie sind gegen den Klassenkampf von unten, aber auch ebenso gegen einen solchen von oben, und verlangen daher, daß endlich einmal mit diesem veralteten Klassenwahlrecht aufgeräumt wird. Selbst heute könne man sich bis zu den höchsten Regierungsstellen in die Gedankenwelt der Arbeiter nicht hineinfinden. Sonst hätte man in den letzten Jahren, wo sich eine ausgiebige christlich-nationale Arbeiterbewegung gebildet hat, die gesellschaftliche Sozialreform nicht auf ein totes Geleiste stellen dürfen. Ja noch mehr; man hat anscheinend selbst für diese Bewegung nur ein platonisches Interesse. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung mußte es als eine Mißachtung ansehen, daß der erste Beamte des Reiches die „gelben Gewerkschaften“ bei ihrer Hamburger Tagung beglückwünschte. Diese kraft- und kraftlosen Vereinigungen bedeuten am letzten Ende nur eine Förderung der Sozialdemokratie. Als eine Anzweiflung unserer Gesinnung müssen wir die Protektion der gelben Gewerkschaften ansehen. Auch über die Behandlung unserer Bewegung seitens der Behörden müssen wir uns beklagen. Den vom Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands angestellten italienischen Sekretär hat man aus Preußen ausgewiesen, weil er seine Landsleute abhielt, Streikbrecherdienste zu leisten. Auch soll er zu kapital geredet und geschrieben haben. Der Erfolg davon war, daß sich die sozialdemokratische Bewegung unter den Italienern dafür im Westen Deutschlands um so stärker ausbreitete.“

Zu der sozialpolitischen Arbeit des Reichstages in den letzten Jahren übergehend, sagte der Redner: „Die Ernte war äußerst arm. Beim Ueberblick über die sozialpolitische Lage möchte man überhaupt den Eindruck gewinnen, als leide die Regierung den Scharfmachern und sozialpolitischen Bremsern ein viel zu williges Ohr.“

In der Debatte erklärte der Delegierte Fischer-Reutlingen: „Man verlange stets von den Arbeitern, daß sie gute Patrioten seien. Auf der anderen Seite behandle man sie aber als minderwertige Individuen, die nicht fähig seien, das Wahlrecht, die Gewerbeinspektion zc. auszuüben. Wir wollen die politischen Parteien verpflichten, überall für das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht einzutreten. Wir werden ja dann sehen, ob die Liebeserklärungen der Parteien nur platonische sind, ob es ihnen Ernst ist mit der Gleichberechtigung der Arbeiter, oder ob man nur an ein neutriertes patriarchalisches Arbeiterrecht denkt.“

Was geschah nun? Wie stellte sich der Kongress zu der Frage der preussischen Wahlrechtsreform? Er lehnte es ab, sich mit ihr zu beschäftigen. Die wichtige Frage, die jetzt im Mittelpunkt des politischen Interesses steht, kristallisierte für die Mehrheit der „Christlichen“ und „nationalen“ Männer nicht, zur Freude der Reaktionen vom Regiment.

Eine Reihe von Resolutionen fand Annahme. Es wird gefordert: Verhältnismäßigkeit für alle Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechts; Gleichstellung der Konsumgenossenschaften mit anderen Genossenschaften; ein Reichsbürgergesetz; Reform der Arbeiterversicherung; Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in diese Versicherung und Gewährung des Koalitionsrechtes an diese Arbeiter; ein Reichsvereinsgesetz; Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Versicherungsgebung, Gewerbeinspektion usw.

Es sind das alles Forderungen, für die gerade die auf dem Kongreß so feierlich verkündete Sozialdemokratie stets entschieden eingetretten ist, schon ehe es „christliche“ und „nationale“ Arbeiterorganisationen überhaupt zu einer Stellungnahme zu ihnen gebracht hatten. Eine gegen die gelben Gewerkschaften gerichtete Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß erklärt sich als Vertretung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck gegen die unter dem Sammelnamen „gelbe Gewerkschaften“ bekannten Vereinigungen, die in der Regel im Interesse der Unternehmer gegründet und von diesen abhängig sind. Diese Organisationen können den Arbeitern statt größerer wirtschaftlicher Vorteile und staatsbürgerlicher Freiheiten nur Abhängigkeit, statt Sicherung der Arbeiterrechte, höchsten Wohlstand bieten, und an Stelle der Erziehung der Arbeiterschaft zum Standesbewußtsein, zur Selbstständigkeit und Selbsthilfe werden durch die gelben Vereinigungen wehrlos und daher stets willfährige Hilfstruppen der Unternehmer geschaffen. Diese „gelben“ Organisationen aller Art sind daher als Zwillingserzeugnisse anzusehen, welche die ideellen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft nur empfindlich schädigen. Die Kongreßteilnehmer sind überzeugt, daß die „gelben“ Organisationsgebilde wegen ihrer reaktionären Tendenzen den nationalen Interessen des deutschen Volkes keineswegs förderlich sein können. Nur charaktervolle, zum selbstständigen Denken erzogene, vaterländisch gesinnte Arbeiter können als Staatsbürger den modernen Anforderungen der Nation und den Interessen der allgemeinen Volkswohlfahrt Genüge leisten. Der Kongreß fordert daher die ihm angeschlossenen Organisationen auf, die sogenannten „gelben“ Arbeitervereinigungen scharf zu überwinden und vor allem ihrem weiteren Bestehen durch Festigung und Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen kräftigen Damm entgegenzusetzen.“

Wer aber hat den gelben Gewerkschaften den Boden bereitet? Das auf die Zersplitterung der Arbeiterbewegung gerichtete, nicht nur von Geistlichen im Interesse der Unternehmer, sondern auch von Unternehmern selbst geförderte „christliche“ Gewerkschaftswesen! Die Christlichen haben zuerst das Beispiel organisiert Streiks und Lohnbrüder-tums gegeben.

In einer Schlußbetrachtung sagte derselbe Herr Stegerwald, der die Wahlrechtsfrage angestrichen hatte, unter stürmischem Beifall der Versammlung: „Ich konstatiere, daß hier kein politischer Kongreß, sondern ein Arbeiterkongreß statt hat!“ Hohmoller wider Willen konnte dieser Mann den Kongreß nicht charakterisieren. „Würdig“, wie er beging, endete der Kongreß mit dem Beschluß: seine Resolutionen dem Reichstagskanzler durch eine Deputation überbringen und begründen zu lassen! Also setzte sich die Deputation auf die Eisenbahn und fuhr zum Kanzler nach Klein-Gliet bei Altona. Und ihr Führer sprach zu Durchlaucht, wie sich's für einen „Christlichen“ und „Nationalen“ schickt; er empfahl die von ihm vertretenen Organisationen und ihre Forderungen dem Wohlwollen des leitenden Staatsmannes, schließend mit der Versicherung, „daß die auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter erfüllt sind von herzlicher Treue und Liebe zu unserem erlauchtem Kaiser und unserem deutschen Vaterlande“. Durchlaucht erwiderte, es sei ihm eine aufrichtige Freude, die Delegierten bei sich zu sehen. Mit Genugtuung entnehme er der Entwicklung der von der Deputation vertretenen Organisationen, „daß in den deutschen Arbeitern noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Betätigung christlich-nationaler und monarchischer Gesinnung vorhanden“ sei; die Sozialpolitik nach dem Willen des Kaisers werde fortgeführt werden; doch müsse die Arbeiterschaft „frei sein von übertriebenen Forderungen“. Wie das gemeint ist, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen.

Damit hatte die „große Veranstaltung“ ihr Ende erreicht. Die christlich-nationale Brüderschaft ist mal wieder beisammen gewesen. Und die Dinge nehmen nach wie vor ihren natürlichen Verlauf: die freien Arbeiterorganisationen, die unabhängige Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie wird wachsen und erstarken. Und das „christlich-nationale“ Organisationswesen wird nicht mitkommen, trotz aller Protektion von oben.

Politische Umschau.

Die Wobbele zur Gewerbeordnung trifft nach der „Allgemeinen Zeitung“ die Forderung der achtstündigen Maximalarbeitszeit auch für Arbeiterinnen und bestimmt dabei, daß täglich nicht über elf Stunden gearbeitet werden darf, wie dies bereits in dem bisherigen Gesetz festgelegt ist. Die Nachtarbeit für Arbeiterinnen wird gemäß der Verner Konvention verboten, dagegen enthält der Entwurf weder das Verbot der Mithabe der Arbeit ins Haus noch den Maximalarbeitszeit für die Arbeiter. In der Begründung zum Entwurf wird dies ausdrücklich abgelehnt. Der Vorschlag der Maximalarbeitswoche bei einer achtstündigen Arbeitszeit am einzelnen Tage wird in der Praxis dahin führen, daß an den ersten fünf Wochentagen wie früher von den Arbeiterinnen elf Stunden gearbeitet werden muß, am Sonnabend Vormittag aber nur von 7 bis 12 Uhr, so daß der Nachmittag für die Arbeiterinnen frei werden wird. Über die Neuregelung der Sonntagsruhe enthält der Entwurf keinerlei Bestimmung.

Solange Graf Posadowsky am Ruder war, verlaute, es solle sich um die achtstündige Arbeitszeit handeln.

Das Branntweinmonopol soll kommen. Der Reichsfinanzminister dauert an. Die Reichsregierung braucht zur Verteilung der Ausgaben für Meer, Marine und Kolonialpolitik immer neue Umlagen und deshalb auch neue Einnahmequellen. Die jetzigen, die Zölle und indirekten Steuern, liefern bei weitem nicht mehr genug; sie zu erhöhen und zu vermehren, ist eine schwere Aufgabe. Woher den Mehrbedarf nehmen? Da ist die Regierung auf das Projekt des Branntweinmonopols verfallen. Es steht fest, daß sie den Spiritushandel verstaatlichen will; das Reich soll von den Brännern alle Vorräte aufkaufen und zu bestimmten Preisen in den Handel bringen. Daraus sollen zunächst etwa 70 bis 80 Millionen jährlich gewonnen werden.

Es ist dies dasselbe Projekt, das schon vor 20 Jahren Fürst Bismarck dem Reichstage vorgelegt hatte, von diesem aber mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Monopolisiert ist für die Spiritusindustrie und der Spiritushandel bereits durch ein Syndikat. Aus diesem Privatmonopol soll nun ein Reichsmonopol gemacht werden. Allerdings nicht zum Nachteil der Bränner, denn diese sollen für ihr Produkt Preise erhalten, „bei denen sie bestehen“ können. Privatindustrie und Reich sollen gemeinsam ein gutes Geschäft auf Kosten der Konsumenten machen. Gegen dieses Projekt muß sich die entschiedenste Opposition erheben. Es widerspricht allen geübten politischen Grundregeln, einer reaktionären Regierung Monopole zur Ausbeutung zu gewähren. Insbesondere bleibt dagegen einwenden, daß ein Monopol als feste und sichere Einnahmequelle das Ausgabenbewilligungsrecht des Parlamentes durchdringt; es überhebt die Regierung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, ihre Ausgaben jährlich vom Reichstage bewilligen zu lassen. Die Mitwirkung der Volkvertretung in der Frage der Volksbelastung wird eingeschränkt oder ganz ausgeschlossen und die Macht der Regierung wird ins Ungemessene vergrößert. Kommt das Branntweinmonopol, so werden die Spiritusfabrikanten reiche „Staatsrentenäre“ und das konsumierende Volk ist ihnen und der Reichskasse tributpflichtig. Außerdem wird man auf diesem Wege die Finanznot des Reiches nicht beseitigen. Den Reichsfinanzminister werden wir nicht los, bis das herrschende System mit seinen stetig wachsenden Forderungen für Militarismus und Weltmachtpolitik überwunden ist.

Christlich-sozialistische Arbeiterorganisationen in Amerika. Eine derartige Organisation hat sich nun auch in den Vereinigten Staaten gebildet. Die sozialdemokratische New Yorker Volkszeitung ist die Mutterkammer der Genossen auf sie, „weil viele der tüchtigen Mitglieder dieser Organisation gleichzeitig tüchtige Mitglieder der sozialistischen Partei sind“. Der Hauptort der Christlichsozialisten ist Chicago, ihr Organ der „Christian Socialist“.

Dieses Blatt beantwortet die Frage, weshalb die „Christen“ sich gesondert organisiert haben, dahin: „Unsere atheistischen und materialistischen Genossen haben die Kirchenleute mit dem Gedanken erködelt, daß sie ihr Christentum aufgeben müssen, wenn sie Sozialisten werden wollen. Es gibt aber Millionen von Kirchenleuten, die wir gewinnen müssen, ehe wir das neue System durch unsere Stimmzettel durchsetzen können. Aber sie werden nie für unsere Sache gewonnen werden, wenn sie glauben, daß sie die Lehren, die sie ihr ganzes Leben lang für heilig gehalten haben, aufgeben müssen. Als christliche Sozialisten stehen wir ein für wahre Religion ebenso wie für den Sozialismus und geben eine Zeitung heraus, welche die Kirchenleute lesen werden. Für uns ist die mächtige Frage: wie erreichen wir die Millionen? Wenn der „Christian Socialist“ die Furcht und das Vorurteil gegen den Sozialismus beseitigt, so ist das das beste Propagandaorgan im Felde. Denn jedermann, der nichts von Sozialismus weiß, hat diese Furcht und dieses Vorurteil.“

Das Blatt glaubt also, die Vermittlerrolle zwischen „Christen“ und Sozialdemokraten spielen zu können. Gegen seine Ausführungen wendet sich die New Yorker Volkszeitung mit der Erklärung, daß es sich bei dieser Bewegung, der viele Geistliche angehören, nicht um eine Förderung des Sozialismus durch das Christentum, sondern umgekehrt um eine Förderung des Christentums durch den Sozialismus handelt, was viele Genossen noch nicht durchschaut haben. Man möchte gern aus der Partei eine Art Heilsarmee machen und ihr die revolutionäre Energie rauben. Die „Volkszeitung“ warnt daher, jene Bewegung Einfluß auf die Partei gewinnen zu lassen.

Man sollte meinen, die „christlichen“ Arbeiter Amerikas könnten lernen aus dem Mißbrauch gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der in Deutschland mit „christlichen“ Organisationen seit Jahrzehnten getrieben wird. Und auch das Beispiel, das die amerikanischen Kapitalisten, die Trüffler, geben, wäre ihres Nachdenkens wert. Die Furcht, die der Präsident der Union, Roosevelt, die „reichen Männer“ genannt hat, pfeifen auf das, was man „christliche Moral und Gerechtigkeit“ nennt. Sie kennen keine religiösen Unterschiede; ob sie Katholiken, Protestanten oder Juden sind, sie rauben und schinden in schönster Harmonie das Volk aus. Aber „christliche“ Arbeiter

sind dumm genug, sich von plaffischer Spekulation zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung mißbrauchen zu lassen, wo doch die Einigkeit der ganzen Arbeiterklasse im Kampf gegen die reichen Männer so unbedingt nötig ist. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie verkauft das „christliche“ Arbeitergewissen sich wohl gar dem Mammonismus.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Reinhold (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Segeberg (Differenzen), Wedel (Sperre über Hatje);

Mecklenburg:

Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thiele);

Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rohlfeld, Kreiskrankenhause);

Pommern:

Cammin (Streik), Pyritz (Sperre über Friedr. Berg), Torgelow (Sperre über Rambow);

Ost- und Westpreußen:

Sonsburg (Sperre über Rehsse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt), Deutsch Eylau (Sperre über Kasernenbau, Unternehmer Kaum), Graudenz (Sperre über Sawatzki);

Posen - Schlesien:

Othlau (Sperren über Rother, Kern und Jander), Peistertwitz (Sperren über Gerlach und Wiesner), Muskau (Sperre über Stülpnagel), Waldenburg (Sperre über Täsler in Neu-Salzbrunn);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien- und Kunze, Bahnhofsbauten, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L.-Gautsch Tr. Probst & Co., Spinnerstrasse, in L.-Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Eühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrtrasse), Golditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstorf (Streik), Celle, Norderney (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Hönerbach);

Rheinland:

Crefeld (Streik), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

Hessen und Waldeck:

Rüdesheim - Geisenheim (verschiedene Sperren), Mainz (Sperre über A. Westenberg), Oppenheim (Sperre über V. Kurz), Giessen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperre über Peter);

Baden-Pfalz:

Oldenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau), Neustadt a. d. Haardt (Sperre über den Sägemühlenbau Kriehhäuser & Sohn);

Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperren über Gerbl und Hält), Wasserburg (Sperre über Nübaner), Alltötting (Sperre über Lehner, Rathausbau), Dissen (Streik);

Friesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschnowsky und Rummenhölle), Duisburg (Sperren über Gebr. Böning und Krüskens);

Schweiz:

Basel, Chaux-de-Fonds (Streiks);

Oesterreich:

Leitomschl, Chotzen, Wildenschwert (Aussperrungen), Hohenmuth (Streik);

Ungarn:

Arad, Csongrád, Gyula, Kecskemet, Nyiregyháza, Petrosény, Szekesfehervar, Vác, Zsomolya (Aussperrungen);

Holland:

Amsterdam (mehrere Sperren).

Arbeitslosigkeit ist in Odesa, es werden dort jetzt 20 Maurer gesucht.

Gau Berlin.

Die Bewegung der Berliner Friesenleger ist in ein kritisches Stadium eingetreten. In den Verhandlungen stellen die Unternehmer plötzlich das Ultimatum: entweder den alten Tarif um zwei Jahre verlängern oder den von ihnen aufgestellten Tarif mit der Abänderung annehmen, daß die Festlegung der Tarifordnungen der freien Vereinbarung überlassen bleibt. Bis zum 25. Oktober wollten die Herren unsere Entscheidung haben. Zu diesem Zweck tagte am 24. Oktober eine gemeinsame Versammlung der Friesenlegerorganisationen, die folgende Resolution annahm:

Die Versammlung der Friesenleger und Hilfsarbeiter ist der Ansicht, daß zu einem Vorgehen der Friesenlegerschaft, wie

5 E A 150. Gufow 100 B A 35, 100 A A 25. Gernsdorf 100 B A 65, 100 A A 25. Graubenz 2000 B A 50, 50 E A 50, 100 A A 25. Gnoien 25 B A 40. Göttingen 1000 L A 10, 100 B A 30. Groß-Westen 500 B A 60, 100 A A 25. Gabelsch 100 B A 35. Greifenhagen 200 A A 25. Groß-Bartenberg 80 A A 25. Götting 10 E A 50, 2 E A 150. Glogau 2000 B A 45, 20 E A 50. Gölßen 600 B A 30.

Golzminde 600 B A 40 A, 100 A A 25. Gamm 2000 B A 60, 30 E A 50, 20 E A 150. Gerbrud 300 B A 40, 30 E A 50. Gölzlingen 300 B A 35, 100 K A 10. Gelmholt 2000 B A 45, 100 A A 25. Gaderstein 2000 B A 50. Ginterfeld 200 B A 80. Gof 2000 B A 50. Gerberg a. Garz 150 B A 30, 400 B A 35. Golttau 600 B A 65. Giebelstein 600 B A 45. Gannover 15 000 B A 55, 50 E A 50. Gersteb 1000 B A 40. Gerford 3000 B A 45, 400 B A 35. Giesheim 400 B A 40, 400 B A 50, 1000 B A 55. Görde 2000 B A 60. Gerjogenauch 25 A A 25. Gohlfeld 1200 B A 40, 1000 K A 10. Gamm 6. Wilhelmshof 100 B A 40. Gadenbed 200 B A 30, 100 B A 35, 50 B A 40, 50 A A 25. Gelsen 600 B A 30, 600 K A 10. Giebelberg 4000 B A 55.

Jauer 200 B A 35 A. Jüngerstein 200 B A 35, 100 B A 40, 100 L A 5. Joachimshof 200 B A 45, 50 B A 30, 50 A A 25. Jarmen 200 B A 40.

König 800 B A 35 A. Stillingen 1200 B A 40. Königs-lutter 1200 B A 45. Kiel 20 000 B A 75. Killy 400 B A 40, 100 L A 10. Kolmar 1. Posen 300 B A 40 A. Rappelt 400 B A 40, 200 B A 30, 600 K A 10. 5 E A 50, 5 E A 150. Königsberg 200 B A 30. Konstanj 600 B A 50. Kneufberg 400 B A 40. Krichen 100 B A 40, 50 A A 25. Krausnick 200 A A 25. Kreuzberg 50 A A 25. Königsberg i. Pr. 800 B A 45, 3000 B A 65, 800 B A 40. Korbach 150 B A 35.

Kübbenau 800 B A 40 A, 50 B A 35, 100 A A 25. Laufst 200 B A 35. Langenbühlau 1200 B A 40, 100 A A 25. Langenbühlau 10 E A 50. Langelsheim 400 B A 40, 100 A A 25. Lumbach 1200 B A 40. Lügen 600 B A 35. Lössau 20 E A 150, 1200 B A 35. Lichtenstein 400 B A 35. Landes-bühl 400 B A 35. Lübben 1000 B A 40. Leutmannsdorf 200 B A 45. Riegnitz 5000 B A 50. Lieberose 100 B A 30, 10 E A 50. Lohau 100 B A 50. Leisnig 1200 B A 35. Lambrecht 400 B A 45. Lörach 200 B A 45, 50 E A 50. Leipzig 30 000 B A 65. Lüneburg 1200 B A 55, 100 B A 30. Lüdow 300 B A 50, 100 B A 40. Lüdowshof 400 B A 40.

Münden 200 B A 40 A. Marne 200 B A 45, 100 B A 30. Mühlhausen i. Th. 1200 B A 40. Müllsen 1200 B A 50. Mühlberg a. b. Elbe 400 B A 30, 200 K A 25, 50 B A 50, 5 E A 150. Meisen 2000 B A 55, 1000 B A 45. Mitrow 200 B A 35, 50 B A 30. Melle 200 B A 35. Moorburg 200 B A 70, 200 B A 65, 200 B A 60, 50 A A 25. Mammheim 500 B A 35. Mittelsda 2000 B A 45, 100 A A 25. Muefau 500 B A 35. Mennel 300 B A 50, 100 A A 25. Meiningen 500 B A 40. Meiborf 200 B A 45.

Neubode 10 E A 50 A. Neustettin 1200 B A 40. Neuhauß 400 B A 35, 100 B A 40. Neumarkt i. Sch. 800 B A 40. Neugersdorf 5 E A 150. Norden 11 B A 30, 10 E A 50. Nowawes 1500 B A 65. Nauen 600 B A 60. Neufahl i. Gollf. 300 B A 40. Neufals 100 A A 25. Neufädel 50 B A 30, 50 B A 35.

Oberstein 1200 B A 50 A. Oberberg 400 B A 45, 200 B A 30, 10 E A 50. Odersleben 200 B A 40, 100 A A 25. Odenhof 400 B A 70, 100 K A 25. Oßderode 5. 400 B A 30, 4000 B A 35, 25 E A 50. Ostrobnitz 200 B A 35, 50 E A 50. Osmünde 5 E A 150, 2 E A 300.

Plaue a. d. Sabel 100 B A 35 A, 50 A A 25. Preßsch 200 B A 30. Plettenberg 200 B A 35, 50 L A 10. Reine 250 B A 40, 100 A A 25, 100 K A 10. Pletberg 1000 B A 35, 20 E A 50, 500 K A 10. Pletzen 100 B A 40, 25 A A 25. Poltschen 100 B A 35, 100 A A 25. Pyritz 1200 B A 40. Pleß 400 B A 45, 100 A A 25, 50 B A 35. Pfeilertwitz 200 B A 40, 200 B A 35. Brenden 400 B A 50. Brinzenau 150 B A 30. Pöswall 400 B A 40. Pörschborn 200 B A 35.

Quedlinburg 1200 B A 40 A. Quichborn 100 B A 35. Reichenbach i. Sch. 100 A A 25 A, 10 E A 50. Reppen 300 B A 35, 100 A A 25. Richterberg 400 B A 40. Regens-burg 100 B A 60. Reiborf 1000 B A 35, 300 L A 10, 20 E A 50, 150 A A 25. Reba 200 B A 35, 200 K A 10. Rehenburg 600 B A 50, 200 K A 10, 100 A A 25. Reinsberg 1000 B A 40, 10 E A 50. Reisch 400 B A 35. Reib-witz 1200 B A 35. Riefa 2000 B A 50, 400 B A 45, 600 B A 40. Roth a. Sand 150 B A 40, 150 B A 30.

Schwerin i. M. 2000 B A 50 A, 200 B A 30. Spremberg 1000 B A 40. Schwenfurt 400 B A 45, 100 B A 35. Sangerhausen 1200 B A 40. Schnerberg 800 B A 40. Schönb-berg 800 B A 45, 100 K A 10. Stadthofen 400 B A 35. Salzen 200 B A 40, 400 B A 35. Stallberg 10 E A 50. Schöpsen 600 B A 35, 200 B A 30, 100 A A 25, 50 B A 50. Schleich 30 E A 50. Schillingst 200 B A 30. Schwanndorf 400 B A 35. Sagan 50 A A 25. Salzen 1000 B A 40. Stuttgart 600 A A 25. Schwegingen 50 A A 25. Stendal 100 B A 35. Strausberg 600 B A 55. Schwedt 50 A A 25. Swinemünde 500 A A 25, 1000 B A 45, 500 B A 30, 10 E A 50. Saalfeld 800 B A 45, 100 A A 25. Schwarzzenfel 2 E A 150, 600 B A 60.

Torgelow 300 B A 40 A, 50 B A 30, 50 A A 25. Tonbern 400 B A 50. Teltow 400 B A 75. Tützingen 400 B A 50. Tangernmünde 100 B A 30, 600 B A 40, 50 B A 50. Trebitzsch 100 B A 40, 400 B A 35. Traubka 1000 B A 55. Tempin 600 B A 40, 60 A A 25. Treib 100 B A 45. Tangernmünde 200 B A 40, 20 E A 50. Tüft 3000 B A 45. Tübingen 10 E A 50, 100 A A 25.

Medemünde 600 B A 40 A, 100 A A 25. Wegel 2000 B A 65 A, 100 A A 25. Wandsburg 400 B A 35. Wilschhofen 200 B A 30. Wollsdorf 50 B A 55, 100 B A 65. Wilsingen 200 B A 50. Warel 400 B A 50.

Wittenberge 20 E A 50, 1200 B A 50, 10 E A 150. Wiltshof 300 B A 35. Witzgen 100 A A 25. Wusterhausen 25 B A 35, 25 A A 25. Wustersee 5 E A 150, 200 B A 45. Waltershausen i. Th. 200 B A 30, 400 B A 35. Wusterhausen 100 B A 40, 200 B A 35. Wibel 400 B A 65, 100 B A 60. Wüzen 10 E A 150. Wernmünde 400 B A 50. Wernneuchen 400 B A 45. Wölsch 400 B A 45. Witzgen 300 B A 40. Weißwasser 25 E A 50. Wadheim 400 B A 35, 100 A A 25. Weipfens 8000 B A 45, 200 B A 30. Weener 300 B A 40, 25 A A 25. Werba 2000 B A 45. Wegeleben 200 B A 30. Weidenhausen 100 B A 30, 100 B A 40. Weiburg 500 B A 35. Wilschhofen 50 B A 45, 14 B A 30.

Zabrze 35 E A 150 A, 200 A A 25, 800 B A 45, 15 E A 50, Reiz 500 K A 15. Zwönitz 10 E A 50.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neigewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingebracht haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen: W. Gornung-Bülow (Verb.-Nr. 76 548), Ad. Ludwig-Barmen (250 917), Ferd. Reine-Böhm (269 744), Martin. Bang-Oberhausen (386 484), Jacob. Meier-Mann (395 713), Th. Windisch-Ges (496 907), Karl. Kirch-Lands-burg (82 301), H. G. Reichenbach i. L. (96 479), Marg. Thinius - Frimferrade (68 195), Andr. Geisler - Nürnberg (452 729), Marg. Reithmeier-Nürnberg (424 408), Joh. Weber-Nürnberg (267 224), Anton. Reiser-Statowitz (407 434), Jgn. Schmieda-Statowitz (355-128), Jacob. Wolf-Cohn (128 837), Fritz. Noll-Berlin (132), Am. Weisler-Hamburg (26 829), Ernst. Eger - Dresden (289 164), Aug. Horn - Breslau (353 541), J. Köhnen - Dortmund (289 541), Joh. Janßen - Wittmund (186 604), Joh. Gohmann-Werben (184 363), S. Baumgarten-Lüneburg (85 559), R. Kollmann-Gelsenkirchen (210 983), Karl. Poltsch - Gelsenkirchen (338 829), S. Wühlmann - Bremen (114 178), D. Bräuninger-Gunnersdorf (239 002), W. Marcial-Posen (245 781), W. Boerning-Weipitz (89 141), Karl. Bauer-schäfer-Bromberg (56 897), Paul. Hergeßel-Lüneburg (84 123), Aug. Rittsch - Storfow (102 651), Herm. Schütz - Sandow (109 705), Fr. Kühnig-Hildesheim (124 361), Ad. Jarr-Kiel (146 838), Ritz. Wegner-Burgbladt (241 155), Reih. Samann-Jittau (246 678), Joh. Krey-Nachen (273 347), Georg. Wolf-Bamberg (303 858), Fr. Bandura-Verne (311 698), Albert. Schlichter-Halberstadt (76 446), Ernst. Hartmann-Gall (221 563), Ad. Spörl - Coburg (328 335), W. Klingenberg - Hannover (366 539), Otto. Feldmann-Hannover (138 118), Joh. Ulbrich-Göding (410 712), Otto. Böhlig-Glogau (216 202), A. Seyfarth-Werleburg (239 732), Fr. Kiebusch-Trebbin (104 615), Fr. Weder-Sollingen (151 710), Otto. Fischer-Sollingen (226 959), Heint. Meß-Sollingen (227 018), Herm. Hoff-Berlin (11 861), W. Hopfmüller-Berlin (316 988), E. Gedenhoff-Berlin (5524), Otto. Goffsch-Berlin (8666), Karl. Zimmer-Essen (139 044).

Gefunden ist das Mitgliedsbuch und der Heimaltschein des Kollegen H. Arion, geboren am 2. November 1874 zu Rhwegen i. Holland. Die Papiere sind abzugeben vom Vorstande des Zweigvereins Essen a. d. Ruhr.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein Lützenwalde: Ernst. Schley (Verb.-Nr. 181 754), Hermann. Schley (85 181), August. Schley (85 187), Ferdinand. Siehe (85 297), Croßig: Max. Schwarze (62 405); Burg-dorf: August. Böhrer (153 117).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Gelsenkirchen: Valentin. Bauer, geb. am 15. Mai 1886 zu Niebertalbach (Verb.-Nr. 340 269).

Um Angabe ihrer Adresse ersucht der Zweigverein Langensalza: Karl. Wegel aus Langensalza (Verb.-Nr. 230 950); Lena: Oskar. Herzog, geboren am 7. Januar 1870 zu Weilschneidebach (Verb.-Nr. 405 342).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Gerrichte.

Nachen. Raum fühlen die hiesigen Unternehmer, daß sie etwas aus dem schwersten Druß heraus sind, so ist auch schon zu erkennen, wie der famose Tarif wirkt. Je nach der individuellen Leistungsfähigkeit sollen 43 bis 47 1/2 Stundenlohn für gute Maurer gezahlt werden, heißt es im Tarif, und in der ersten Zeit schien es auch, als ob die Herren nun wirklich einige Pfennige opfern wollten. Aber heute kann der Maurer, der seinen Unternehmer wechseln muß, fast mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß er bei seinem neuen Unternehmer weniger erhält, als bei dem früheren. Ja, wir hatten schon Fälle, wo gute Maurer, unter anderem solche, die schon als Polier gearbeitet haben, erst ganz energig vorgehen mußten, um wenigstens 43 1/2 Stundenlohn zu erhalten. Der Vertrag, den die „Christen“ abgeschlossen haben, gibt den Unternehmern bekanntlich das Recht, ohne tarifmäßig zu werden, auch noch weniger als 43 1/2 zu zahlen. Ebenso steht es mit dem Bauarbeiterlohn, speziell mit den Bauhanden aus. Bei Null Grad Celsius darf erst die Baubude beigegeben werden, „um kein Heizmaterial zu verschwenden“, heißt es so schön, doch wenn es mal sehr feuchte Witterung ist, darf der Ofen auch angeheizt werden. Wer nun glaubt, daß die Witterung, wie sie in den letzten Tagen war, wo es fast ununterbrochen regnete, sehr leicht im Sinne des Christentums gewesen sei, kennt die Meteorologie der Unternehmer nicht; denn in den meisten Wuden, vorausgesetzt, daß überhaupt eine da war, war kein Ofen, geschweige denn Heizmaterial vorhanden. Eine geradezu fälschliche Haltung diesen Zuständen gegenüber nimmt die hiesige Baupolizei ein. Als Schreiber dieses wimmte sehr großer Mißstand (unzulängliche Rude, Abort ohne Dach) vorstellig wurde, sagten die Beamten: „Ja, mit dem Herrn Unternehmer ist schlecht was anzufangen, neulich fuhr er uns an und meinte, was wir von ihm wollen; viermal sind wir schon dort gewesen und noch immer hat der Herr keine Lust, eine Aenderung eintreten zu lassen.“ Garstlose Streitposten müssen ins Loch, wenn sie der Auforderung der Polizeibeamten, fortzugehen, nicht im Autonomietempo nachkommen, der Unternehmer kann das Leben und die Gesundheit von Duzenden von Arbeitern aufs Spiel setzen, da dauert es oft recht lange, ehe der sonst so weitreichende Arm des Gesetzes ihn erreicht. Aber es ist ja auch immer so schön üblich, daß hier in Nachen gewesen, und nachdem durch den Abbruch des herrlichen, bis zum Jahre 1910 laufenden Tarifes der Ausbeutung unbegrenzte Möglichkeiten gegeben sind, wird weiter geurteilt. Welche dem Arbeiter, der mit feinegleichen auch einmal einen Willen hat, und vielleicht dadurch dem Unternehmer Ungelegenheiten bereitet, daß sie zusammen aufhören, sofort tritt die schwarze Liste in Funktion (siehe Bau-

stelle Abheuer in der Rittersstraße), sie liegen 14 Tage auf der Straße und die christliche Organisation ist zufrieden, wenn die Unternehmer gütigst die Sperre aufheben. „Die Unternehmer lehnten es ab, sich dazu zu äußern“, heißt es in einem Schlichtungsausschussesbericht in den hiesigen Zeitungen. Wir erlauben uns die Frage, wozu waren die Leute denn organisiert? Wir hätten gedacht, daß das hiesigen, was für die Arbeiter im Tarif steht, auch gehalten würde. Die Unzufriedenheit unter den Kollegen ist denn auch groß. An uns soll es nicht liegen, wenn es gelten soll, den Herren klar zu machen, daß die Arbeiter, die 17 Wochen lang gestreikt haben, keine Heulen sind. Wir werden schon dafür sorgen, daß ihnen das Gewissen geschäftigt wird, und geht die Entwidlung so weiter, dann wird der „Null-Tarif“, wie ihn unsere Kollegen gekauft haben, eines natürlichen Todes nicht sterben.

Utenrade. Der Bauunternehmer J. B. Callesen hat es sich bekanntlich zur Pflicht gemacht, den hiesigen Zweigverein zu vernichten. Seit Juli beschäftigt er keine Maurer mehr, die dem Verbands angehören. Die Sperre, die von uns über sein Geschäft verhängt worden ist, hat dafür gesorgt, daß er von tüchtigen Maurern nicht beschäftigt wird. Er hilft sich jetzt so gut es geht, mit minderwertigen Maurern und mit Lehrlingen. Mit seinen Getreuen hat er nun folgenden Vertrag abgeschlossen:

§ 1. Der Arbeitgeber verpflichtet sich, seine Angestellten bei guter Aufführung und Leistung, soweit es die Witterung erlaubt, in steter Beschäftigung zu halten und den Lohn mindestens auf derselben Höhe zu halten wie die anderen Meister der Stadt Utenrade.

§ 2. Die Arbeitnehmer verpflichten sich, stets den Vorteil des Arbeitgebers vor Augen zu halten, in Frieden untereinander zu arbeiten und sich stets nach ihren Vorgefekten zu richten.

§ 3. Zeigt jemand der Mannschaft (1) einem Kollegen gegenüber eine tadelsche Aufführung und benimmt sich nicht, trotz des mehrfachen Vorwurfs des Vorgefekten (1), so entscheidet die Stimmenmehrheit der Baumannschaft (1), über eine Entlassung. In großen Fällen kann der Meister selbst die Entlassung vornehmen.

§ 4. Die Gesellen verpflichten sich, über die Lehrlinge bei der Arbeit ein wachsames Auge zu haben, die Lehrlinge zu einem tüchtigen Handwerker auszubilden und sie zur Höflichkeit sich und den Handlangern gegenüber anzubahnen.

Ist das ein Mann, der Herr Callesen! Hat da mit einem Male den konstitutionellen Betrieb eingeführt, in dem die Arbeiter selbst über die Entlassung zu bestimmen haben. Leider mühten wir befürchten, daß meistens für Herrn Callesen immer grobe Fälle vorliegen, so daß er selbst die Entlassung vollzieht und die demokratische Bestimmung nur auf dem Papier steht. Und dann: „Mannschaft“, „Vorgefekte“, „Baumannschaft“! Herr Callesen, haben Sie das aus irgend einer Kasernen-Stubenordnung abgeschrieben? Die den Gesellen auferlegte Verpflichtung, die Lehrlinge zu guten Handwerkern auszubilden, wird schwer zu erfüllen sein; denn erstens hält Herr Callesen mehr Lehrlinge, als sonst üblich, und dann wird es ihm wohl an der nötigen Zahl von Gesellen fehlen, die das Zeug haben, Lehrlinge auszubilden. Unter den fünf Maurern, die er jetzt hat, sind nur zwei, die überhaupt beschäftigt sind, Lehrlinge anzuleiten. Diese zwei beschäftigen aber meistens nur Hilfsarbeit. Zum Schluß sei noch ein Kurstoch mitgeteilt. Herrn Callesens Lokiere sind zu Oberpolieren avanciert. Wenn den Leuten damit nicht geholfen ist, hilft nichts mehr. Der Oberpolier Zimmerer Dall ist der einzige Zimmerer im Geschäft. Ob er über sich selbst Oberpolier ist? Herr Callesen sorgt wirklich dafür, daß die Leute was zu lachen haben.

Böhm. Die Bautätigkeit ist im ganzen Bezirk, vornehmlich aber in der Stadt Böhm selbst, ganz bedeutend zurückgegangen. Die kleineren Unternehmer, die im vorigen Jahre in so großer Zahl „selbständig“ wurden, haben in ihrer Mehrheit, infolge der mickligen Geldverhältnisse, ihre Tätigkeit als Bauunternehmer quittieren müssen. Einige von diesen Drohen haben bei den Bauarbeitern noch ein „ehrendes“ Andenken hinterlassen, indem sie das Auszahlen des Lohnes vergaßen. Auch einige große Firmen, darunter auch die Firma Kluge, gerieten infolge Zahlungsschwierigkeiten in Konkurs. In den Orten der Umgebung, wo in diesem Frühjahr eine Reihe Koloniehäuser — Rechenwerkzeugsreinigungen — aufgeführt wurden, ist gleichfalls nach deren Fertigstellung die Bautätigkeit bedeutend zurückgegangen. Von einem Ausleben der Konjunktur im Herbst ist in diesem Jahre recht wenig zu verspüren. Die industriellen Werte und Zeichen, die in den letzten Jahren riesige Ueberflüsse abwarfen, sind im letzten Quartal auch in ihren Erweiterungsbauten zurückfallender geworden. Die Ursache der wirtschaftlichen Depression im Baugewerbe ist wohl nur in dem Geldmangel resp. in der Erschöpfung des Kredits zu suchen. Von einer Ueberproduktion an Wohnungen kann weder in der Großstadt Böhm, noch in den Orten der Umgebung eine Rede sein. Im Gegenteil, es macht sich allenthalben die Wohnungsnot bemerkbar. Für die Hausagrarier blüht jetzt der Weizen. Anlässlich der letzten Gewerbezählung, am 1. Juni d. Js., erfolgte auch für das Großhändlergebiet eine „Wohnungszählung“ — Wohnungsinformationen gibt es hier nicht. Gezählt wurden überhaupt 25 818 Wohnungen. Davon standen leer 936, gleich 3,7 pSt. Daß die Zählung noch zu Gunsten der Hausbesitzer gehandhabt worden ist, beweisen folgende Zahlen: in der 4. Etage standen 25 und im Dachgeschoß 167 Wohnungen leer. Ob letztere überhaupt als Wohnungen bezeichnet werden können, ist sehr fraglich. Nicht man letztere von der Zahl der leer stehenden Wohnungen ab, so bleiben noch nicht ganz 8 pSt. übrig. Von einer Ueberproduktion kann demnach nicht gesprochen werden. Aus dem Bericht des rheinisch-westfälischen Ziegelfyndikats geht gleichfalls hervor, daß wesentlich weniger gebaut worden ist. Das Syndikat hat im September 31 213 000 Ziegel abgesetzt, gegen 39 700 000 Stück im Monat August dieses Jahres und 46 200 000 Stück im September v. J. In den drei ersten Quartalen wurden im ganzen 318 000 000 Stück abgesetzt. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug der Absatz 373 400 000 Stück. Durch die

anziehende Krise ist die Mitgliederzahl im letzten Quartal etwas gesunken. Ein ziemlich Prozentsatz der Kollegen hat auf Bechen und Häkchen Arbeitslosigkeit genommen, um den etwa im nächsten Jahre kommenden Dingen dadurch aus dem Wege zu gehen. Am 1. Oktober betrug die Mitgliederzahl 1005, gegen 1100 am 1. Juli. Trotz der geringeren Mitgliederzahl ist die Einnahme größer geworden. Aufgenommen wurden 186 Kollegen; davon zählten 18 ein Eintrittsgeld von 1,50, 24 traten aus anderen Verbänden über. An Beitragsmarken wurden 14 899 an die Mitglieder verabfolgt, das sind 687 mehr als im vorigen Quartal. Extramarken wurden 5312 verkauft. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse beträgt 10 899,05. Sie ist um rund 4 400 höher als im zweiten Quartal. Im Durchschnitt berechnet, entfallen auf das Mitglied 5,3 Extramarken. Befriedigend ist dies Resultat nicht. Vornehmlich die Italiener fräuben sich, diesen Beitrag zu entrichten. Nur einige Kollegen, die wohl recht gerne den doppelten Lohn nehmen würden, aber für die Organisation nur mit Widerwillen ihren Beitrag entrichten, sind diesbezüglich fahrig geworden. Vielleicht finden diese im christlichen Verband ein Unterkommen, dort geht's ja nicht so genau. Erzählte doch der satfam bekannte Reife einigen unserer Mitglieder, um sie für sich zu gewinnen: „Kommt bei uns, da braucht Ihr keine Extramarken zu haben.“ So geht man auf den Gimpelhang. Die „Baugewerkschaft“ schreibt: „Wer seine Extramarken nicht entrichtet, verliert seine Rechte.“ Man fragt sich, ist das nicht Komödie? Was hat der „Anton“ trotzdem nicht gehabt. Wir rufen unseren Mitgliedern zu: Ihr beansprucht gleiche Rechte, also habt Ihr auch gleiche Pflichten. Bekennet Ihr Euch zum Verband, dann habt Ihr die Extramarken zu zahlen, einen Ausweg gibt es nicht.

Kollegen! Seid mit tätig für den weiteren Ausbau und Stärkung unserer Organisation, dann können wir getrost in die Zukunft blicken.

Ein a. M. In der bürgerlichen Tagespresse wird über eine öffentliche Rühr- und Fugerverammlung berichtet, die im „Krispalpalast“ abgehalten worden sein soll. Wir möchten nun zunächst feststellen, daß von einer Rührerverammlung überhaupt keine Rede sein kann, denn die „Versammlung“ war von 56 Personen, einschließlich der drei „christlichen“ Referenten; besucht, und von diesen 56 Personen waren sage und schreibe — sieben Verpüher, die übrigen Teilnehmer waren zum Teil Maurer und Hilfsarbeiter, aber auch Schneider und sonstige Berufsleute vertreten. Das einleitende Referat hielt Anton Ränge, der sich ja immer auf seine Beschimpfungen der freien Gewerkschaften und besonders der freigezwergschaftlichen Führer etwas zu gute tut. Nach seiner und seiner „Getreuen“ Angabe sollte die freien Verpüher und Fuger an der Geheimenlehenanstalt unter dem tariffischen Preise gearbeitet haben. Es hat dieserhalb schon damals eine Aussprache mit dem Bauführer, und zwei Tage später mit dem Unternehmer Kinkel bei in Gegenwart des christlichen Beden der Beweis führen, daß der Verpüher M. angeblich einen Sonderarif abgeschlossen habe. Das ist vom Beden vollständig mißlungen; seine „christlichen“ Ueberbringer ließen ihn schmachlich im Stich. Es wurde vom Unternehmer Kinkel bei den beiden Beamten erklärt, daß von einem Sonderarif keine Rede sei, er bezahle für die Arbeiten die im Verträge festgesetzte Preise. Bezüglich der Fugearbeiten bemerkte wir, daß die Maurerarbeiten aus Rohbausteinen zweiter Sorte hergestellt sind und als solche unter dem im Tarife vorgesehenen Preise bezahlt werden, nämlich zu 45 $\frac{1}{2}$ pro Quadratmeter. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß derartige Schwindereien von den Zentrumschristen in die Welt geschleudert werden. So wurden noch in den letzten Wochen in Gegenwart der „Christen“ in verschiedenen Fällen die Beschauptungen der „christlichen“ Führer, es sei unter Tarif gearbeitet worden, als unwahr erwiesen. — Ferner wird im „Krispalpalast“ behauptet, daß die Beamten der freien Verbände erklärt hätten, ihr Einfluß reiche nicht aus, um die freien Verpüher von ihrer Handlungsweise abzuhalten. Natürlich ist diese dummsprecherische Beschauptung eine der bekannten Lügen der „christlichen“ Agitatoren. Es ist keinem Angestellten der freien Bauarbeiterorganisationen eingefallen, eine derartige Ausrufung zu machen. Dazu lag ja auch gar keine Veranlassung vor, weil wir wie wir oben gezeigt haben, in Gegenwart der „Christen“ festgestellt wurde, daß ihre Beschauptungen auf Unwahrheit beruhten. Wir möchten im übrigen bemerken, daß dasjenige, was man den freien Organisationen an die Nase drücken will, auf die Zentrumschristen trifft. Wir verweisen nur auf den Fall des Verpüfers M., wo dieser als Schwimmeister und Preisrichter beim Unternehmer Zerbo und in der Feststraße in Bollhof bei Christen & Co. gearbeitet hat. Hier war es der Zentrumschrist, bezogen deren Führer nicht möglich, dem Treiben Einhalt zu tun; erst als die freie Organisation die Sperre verhängte, wurden dort geregelte Verhältnisse herbeigeführt. Weiter erinnern wir an den Fall des Verpüfers F., der bei dem Unternehmer Asbach in der Guldatherstraße arbeitete. Auch hier hatte der Einfluß der Zentrumschristen vollständig verfehlt. Zum Schluß weisen wir noch darauf hin, daß erst jüngst ein „christlicher“ Verpüher (der Name ist ja den Christenführern bekannt) die Arbeiten so billig angenommen habe, daß er das dazu nötige Material auf nicht ganz rechtmäßige Weise sich verschaffen mußte. Es wird im „Krispalpalast“ ferner noch gesagt, daß sich die Zentrumschristen überall die erdenklichste Mühe gebe, die Mißstände zu beseitigen. Als aber in einer öffentlichen Versammlung der Plattenleger angeregt wurde, eine gemeinschaftliche Versammlung einzuberufen, um dort die Mißstände im Plattenlegergewerbe zu besprechen, da verhielten sich die Christen ablehnend. Sie haben dadurch bewiesen, daß ihnen die Mißstände gleichgültig sind. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß es dem Vorsitzenden der freien Rühreraktion gar nicht eingefallen ist, das angebliche tarifswidrige Verhalten seiner Kollegen zu entschuldigen; hierzu hatte er gar keine Veranlassung. Den „christlichen“ Führern ist es also nicht gelungen, die Beweise für ihre Beschauptungen zu erbringen. Wohl aber

ist bewiesen, daß es getade ihnen nicht möglich ist, ihre Leute zur Nachachtung gewerkschaftlicher Grundfänge anzuhalten.

Königsberg. Hier macht sich die Krise im Baugewerbe schon empfindlich bemerkbar. Schon während des ganzen Sommers war die Bautätigkeit äußerst flau. Während in früheren Jahren ja 1200—1500 Kollegen gearbeitet haben, zählten wir in diesem Sommer nur 600, und bei der letzten Bautenkontrolle am 14. und 15. Oktober gar nur 400 arbeitende Kollegen. In früheren Jahren hatten wir gerade im Oktober noch einmal ein Aufleben der Bautätigkeit, es wurde alljährlich um diese Zeit eine große Anzahl alter haufälliger Gebäude, die auch heute noch in Hülle und Fülle vorhanden sind, abgebrochen; in diesem Jahre zählten wir einen einzigen Abbruch, und ebenso nur einen Ausbausch. Die Krise ist nun keineswegs etwa darauf zurückzuführen, daß Wohnungen im Ueberflusse vorhanden wären; gewiß gibt es hier, wie in jeder Großstadt, leerstehende Wohnungen. Zieht man aber in Betracht, daß in mehr als tausend Fällen immer zwei Familien gemeinschaftlich eine Wohnung (zwei Stuben und eine Küche) bewohnen, so kann man ruhig von einer Wohnungsnöte sprechen. Die Bodenwunderer haben, weil Königsberg durch die Festungsmauer eingeschlossen ist, sich also nicht ausbreiten kann, die Preise für den Baugrund enorm gesteigert. Jahresentgelt arbeiten nun schon die „maßgebenden Instanzen“ an der Entfestigungsfrage, die sich trotz größter Gegenwehr des Grundbesitzereins nicht mehr lange zurückhalten läßt, weil die ganze Entwicklung der Stadt davon abhängt. Bereits bewilligte staatliche Bauten, wie der Zentralbahnhof, das neue Justizgebäude usw., bedingen die Entfestigung. Nun wissen wohl die Bauherren, daß durch die Entfestigung die von ihnen festgesetzten Bodenpreise ganz bedeutend fallen müssen, folglich arbeitet man dagegen. Auch die Banken scheinen so zu kalkulieren; denn nur so läßt es sich erklären, daß für Baugelder 11 pSt. gezahlt werden müssen. Krienerverschärfung wirkt noch die neue Baupolizeibestimmung vom 1. April 1907, nach der der Grund und Boden nicht mehr so ausgenutzt werden kann als früher. Zieht man alles dies in Betracht, so wird man ungefähr die Ursachen der Krisis gefunden haben. In vierzehn Tagen werden nun die paar vorhandenen Bauten fast alle hochgebracht sein, und dann werden die gesamten Kollegen das Pfister brücken. Bis jetzt hat wenigstens in fast allen Provinzstädten, bis auf Antwerpen, Barmen und Bielefeld, einigermaßen Arbeitslosigkeit vorhanden. Jedoch, wie das in kleinen Städten in dieser Zeit fast immer zutrifft, ist auch dort das Arbeitsfeld so ziemlich abgegrast. Einige hundert Kollegen, die sonst in Königsberg arbeiteten, haben infolgedessen in diesem Jahre in der Provinz gearbeitet. Nicht allein, daß infolge der Lauffersche Tarif die Kollegen aus der Provinz ziemlich fern geblieben sind, es haben sich auch von hier allein im ersten, zweiten und dritten Quartal 298 Kollegen abgemeldet. Unsere Mitgliederzahl ist trotz 252 Neuaufnahmen von 701 auf 603 Mitglieder gesunken. Zieht man nun in Betracht, daß hier die Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise mit zu den höchsten in Deutschland zu rechnen sind, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, was unseren Kollegen in diesem Winter bevorsteht. Wo bleibt da die gesicherte Existenz? Aber nicht allein, daß die Kollegen schon durch die Arbeitslosigkeit gestraft sind, es nutzen nun die Unternehmer auch die Organisationsgerpöfistierung nach Zerzengulst aus. Mögen die Zustände auf den Bauten noch so erbärmlich sein, verlangen die Kollegen geregelte Löhne, dann gibt es nur eine Antwort: „Wenn Ihr nicht mögt, hole ich mir von Lauffer christliche Maurer.“ Gewiß hat die Lauffer jetzt haufenweise auf Lager, aber es dokumentiert doch dies allgemeine Verede der Unternehmer, was sie unter „christlich“ verstehen und wozu die „Christen“ da sind. Wenn sie Lauffer schick, gehen sie bekanntlich überall hin, auch wo es Prügel gibt. Auch Lohnreduzierungen sind an der Tagesordnung. Es gibt „Christen“, die für 450 Tagelohn bei eifündiger Arbeitszeit arbeiten, wo sie nach ihrem Tarif bei Arbeiten über Land 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn erhalten sollen. Die Kollegen aber, die sich aus lauter Eigennutz „christlich“ organisiert und nun glauben, Lauffer würde sie ewig mit Arbeit versorgen, schimpfen jetzt wie die Ruchpaben, weil sie nun auch spazieren gehen müssen. Sie glauben bis jetzt, das könne nur den Kollegen vom Zentralverband passieren, auf deren Kosten sie die ganze Zeit herumgeschmarotzt haben. Hoffentlich öffnet diese Zeit auch den christlichen Kollegen die Augen zur Einsicht, daß sie auf dem verkehrten Wege sind und daß sie sich durch ihr gemeingefährliches Treiben schließlich selbst erheblich geschädigt haben. Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend Böses zum Guten gebären. — Aber, trotz der ungünstigen Verhältnisse, die sowohl von den Scharfmachern als auch von der hiesigen Leitung des christlichen Verbandes in gemeinsamer Weise ausgenutzt werden, um unsere Organisation zu vernichten, wird diese Gesellschaft den Plan doch wohl aufgeben müssen. Soviel steht fest, wäre in diesem Jahre einigermaßen Arbeit gewesen, dann hätten die Unternehmer vollständig auf dem Trockenen gestanden. Unser Einfluß in der Provinz ist bedeutend gewachsen. Die Löhne sind auf 4050 $\frac{1}{2}$ gebracht; dadurch haben wir Königsberg von der Provinz ziemlich isoliert. Wir erinnern nun daran, daß sich die Unternehmer schon im vorigen Jahre Italiener holen mußten. In diesem Frühjahr waren nur 65 Bauten in Arbeit, trotzdem konnte man keine Maurer erhalten, infolgedessen konnte eine ganze Anzahl Bauten am 1. Oktober nicht bezogen werden, weil sie nicht die borgeschiedene Trockenzeit durchgemacht hatten. Wiederholt haben sich Gelbgeber bei uns beklagt, wie es komme, daß keine Maurer zureichen. Wir haben ihnen erklärt, bedanken sie sich bei Herrn Lauffer, der hat sie alle rausgegrault. Und so ist es auch. So dumm sind die Kollegen in der Provinz nicht mehr, daß sie sich zu Elaven degradieren lassen. Wir haben also keine Ursache, hoffnungslos in die Zukunft zu blicken, die Krisis kann nur ihre Zeit dauern, ist diese aber vorbei, dann wird auch Herr Lauffer mit seinen ganzen Sandblangen seine Rolle ausgespielt haben und man wird sich mit uns abfinden müssen. Daß die Kollegen durchaus noch lange nicht müßlos sind, beweist auch eine öffentliche Versammlung am 16. Oktober, in der Kollege Silberchmidt-Berlin über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und unsere nächsten

Aufgaben referierte. Wer die Versammlung gesehen hat, und den Ernst, der auf allen Gesichtern lagerte, der wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sich das, was das Unternehmertum und seine Helfer den Kollegen angetan hat, bei geeigneter Zeit bitter rächen wird. Diese Verhältnisse haben ein groß Teil dazu beigetragen, daß unsere Kollegen von der freien Vereinigung zum Lebertritt zum Verband schon sehr sympathisch gegenüber stehen, was, wenn es bald vollzogen würde, nur zum Segen der gesamten Bewegung am Orte ausfallen müßte. Wir müssen hier in der Metropole der Unter alle Kräfte zusammenfassen. Ein Mieserbeitsfeld haben wir noch vor uns, aber gerade das Bewußtsein, einem mächtigen Feinde gegenüberstehen, wird unsere Kraft zur Aufklärungsarbeit verdoppeln. Einmal muß es doch Tag werden.

Lüdenscheid. Sonntag, den 13. Oktober, hielt unsere Zahlstelle Altesa eine sehr stark besuchte Mitglieder-versammlung ab. Besonders die italienischen Kollegen waren recht zahlreich erschienen. Kollege Pfaffenberg von Dortmund referierte über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die Pläne der Unternehmer“. Nach seinen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, wollte ein anwesender italienischer Kollege das Referat übersehen. Aber da hätte man die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Der überwachende Beamte erklärte, daß er unter keinen Umständen den italienischen Kollegen sprechen lassen dürfe. Uns kann es schon recht sein, wenn die Polizei in der allig wirksamer Weise unter den Italienern für uns Propaganda macht. Wir wollen aber nicht verfehlen, die Altesaer Kollegen von dieser Stelle aus auf ihre sonstigen Verpflichtungen aufmerksam zu machen. Denn mit der Einhaltung der Bauarbeitergesetze, der Unfallversicherungsvorschriften usw. steht es nirgend trauriger aus als in Altesa. In der Kassestrasse wird z. B. ein Neubau ausgeführt, der fast gar nicht abgedeckt ist. Schußbach nach der Straße für die Passanten und Bauhilfsarbeiter gibt es nicht, obwohl die Kassestrasse vor dem Neubau erst 3 m breit ist und auch ein Bürgersteig in der engen Straße nicht vorhanden ist. Man ist also gezwungen, direkt am Bau vorbeizugehen. Wie leicht kann da ein herunterfallender Ziegelstein einen Passanten den Schädel zerschlagen. Aber vergessen die Polizei nicht. Es wäre zu wünschen, daß sie ihr Augenmerk mehr auf das ungesicherte Lebensgefährliche Treiben der Unternehmer richtete und für Abhilfe sorgte. — Wir wollen unsere Mitglieder schon jetzt auf die Sonntag, den 3. November, stattfindende Versammlung aufmerksam machen, in der der Bauarbeiterklub behandelt werden soll. Bedeutende Fortschritte hat die Zahlstelle Altesa im dritten Quartal gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 25 auf mehr als 30. Auch die neugewählten leitenden Kollegen am Orte, besonders unser Kassierer, Kollege Paul Wilsch, geben sich die größte Mühe, die Organisation vorwärts zu bringen. Hoffen wir, daß der enorme Fortschritt auch die übrigen Kollegen zur intensiven Mitarbeit und die Indifferenten zum Eintritt in die Organisation veranlassen möge! Der neugewählte Zahlstellenvorstand besteht aus den Kollegen Goppel, Vorsitzender, und Paul Wilsch, Kassierer; dieser wohnt bei dem Wirt Sedmann in Altesa, Estr. 1.

Mühlheim-Ruhr. Am 19. Oktober hielt die Sektion der Hiesigen eine regelmäßige Mitglieder-versammlung. Von verschiedenen Kollegen wurde über die Firma Wier in Osterfeld und Hamborn Klage geführt. Diese Firma hat im September d. J. den für das Ruhrgebiet gültigen Tarif anerkannt. Da aber jetzt noch in diesem Geschäft Indifferente arbeiten, so versteht es der Herr Wier ganz famos, unsere Kollegen durch allerlei indirekte Kniffe aus der Straßengasse zu werfen, um nur recht viel Unorganisierte heranzulocken. Auch die Firma Rudebier in Sterkrade, die im Sommer d. J. unseren Tarif anerkennen mußte, scheint sich um die eingegangenen Verpflichtungen herumzudrücken zu wollen, indem sie für auswärts Arbeit rundweg die Ausgaben verweigert. Diese Firma führt in Eitel bei Wanne ein großes Stück Arbeit im Kranenhaus aus und ist dazu übergegangen, dem Zwischenmeister Siebert die Arbeit zu übertragen, um die Ausgaben zu erparieren.

Muskan. Am 19. Oktober fand eine Versammlung unseres Zweigvereins statt, in der der Vorstand zunächst den Bericht vom dritten Quartal erstattete. Dann wurde Kollege Reiser aus (Ortsname im Originalbericht nicht zu entnehmen) zum ersten Kassierer und drei Kollegen zu Kartelldelegierten gewählt. Die Namen der Streikbrecher vom Muskaner Streik wurden bekanntgegeben (auch deren Namen sind nicht wiederzugeben, weil sie zu unendlich geschrieben sind). Besonders wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß kein Kollege von der eifündigen Mittagspause abgehen dürfe, um nicht auf diesem Wege die Arbeitszeit zu verlängern und so eine Ertrungenschaft des Streiks in den Schmutz zu werfen. Zum Schluß wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß zu der nächsten Versammlung alle Kollegen erscheinen möchten.

Reichenbach i. Vogtl. Am 19. Oktober fand im Lokale des Herrn Kiehlung eine mächtig besuchte Maurer-versammlung statt. Ehe man zur Tagesordnung überging, wurde das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Otto Seifert aus Oberreichenbach durch Erheben von den Plätzen geehrt. Alsdann gab der Kassierer den Bericht vom 3. Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 736,40, die Ausgabe der Lokalfasse 82,00. Hierbei wurde dem Kassierer, Kollegen Kraft, scharf kritisiert, daß es ein Teil der Kollegen nicht für notwendig halte, den Extrabeitrag zu zahlen. Es wurde daraufhin beschlossen, die säumigen Zahler nochmals an ihre Pflicht zu erinnern, und sie darauf hinzuweisen, daß sie ihre Rechte in der Organisation verlieren, wenn sie nicht zahlen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Punkt 2 der Tagesordnung gab Genosse Subritz bekannt, daß in diesem Jahre die Gewerbegerichtswohnen stattfinden, und wünscht, daß hierüber eine Aussprache stattfindet. Der bisherige Vertreter, Genosse Rob. Dörfel, gab hierauf einen Bericht über seine Tätigkeit und sprach hierbei den Wunsch aus, ihn für die fernere Zeit seines Amtes zu entheben. Diese Angelegenheit wurde einer Kommission zur Regelung überlassen. Weiter führte Genosse Wilsch, Doil an, daß es noch viele Kollegen gäbe, die gegenwärtige Blätter unterstützen, obwohl sie am eigenen

Reise verspüren, wie die bürgerliche Presse der Arbeiterbewegung Knüttel zwischen die Beine werfe. Infolge dessen forderte er die anwesenden Kollegen auf, Monitoren des „Sächsischen Volksblatt“ und Mitglieder des Wahlvereins zu werden. Zum Schluß richtete der Vorsitzende, Genosse Ludwig, noch den Appell an die Kollegen, in Zukunft dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht werden. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Saalfeld. Eine gut besuchte Versammlung hielt der Zweigverein Saalfeld am 22. Oktober ab, wozu Kollege Schenk aus Erfurt erschienen war, der über das Thema: „Die Situation im Baugewerbe“ sprach. Sein Referat fand allgemeinen Beifall. Aus den Ausführungen war zu erhellen, daß wir uns gegenwärtig in einer abwärtsgehenden Konjunktur befinden, wofür uns der Geldmangel der sichersten Beweis liefert. Die Börse ist der Gradmesser, wenn diese bremsen, so steht unumwunden die Krise; mag sie groß oder klein sein, vor der Tür. Es muß daher Pflicht eines jeden Kollegen sein, die Augen stets offen zu haben, um bei einem schlechten Konjunktur, die die Herren Oberbauführer auf alle Fälle für sich auszunutzen versuchen, dem Unternehmertum stets kampfbereit gegenüber zu stehen. Hierzu gehört aber nicht nur eine starke Mitgliederzahl, sondern auch Munition, es darf sich daher kein Kollege weigern, seinen Ertragsbeitrag zu zahlen. Wenn man die Kasse der Unternehmer verfolgt, so muß man konstatieren, daß sie ihr Hauptaugenmerk auf unsere Klassenverhältnisse legen, in welcher Weise es ihnen am schnellsten gelingt, unsere Kassen zu leeren und uns als schmähliches Spielzeug in ihre Klauen zu bekommen. Gelinge es uns aber, unsere Organisation so auszubauen, daß wir auch die schlimmsten Pläne des Unternehmertums nicht zu scheuen haben, so haben wir die Voraussetzungen der Unternehmer durchtraut.

Spremberg. Mittwoch, den 18. Oktober, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in der Kollege W. Frisch aus Berlin als Referent erschienen war. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal; danach hatte der Zweigverein am Quartalschluß 225 Mitglieder. Die Kasse wies einen Kassenbestand von M. 633,78 auf. Kollege Frisch schilderte in seinen Ausführungen die Entlohnung der Organisation und führte den Kollegen die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart vor Augen. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen, die reger an der Agitation zu beteiligen, um die Indifferenzen unserer Organisation zuzuführen. Aber nicht nur auf gewerkschaftlichem Gebiete müsse agitiert werden, sondern auch auf politischem Gebiete; es sei notwendig, die Arbeiterpresse zu unterstützen. Ferner ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Jabze. Am 22. Oktober fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt, die von ungefähr 60 Kollegen besucht war. Kollege Stamle erstattete Bericht von der am 11. Oktober stattgefundenen Gaulkonferenz. Mehrere einzelne Punkte des Berichts erlitten sich eine lebhaft Diskussion. Hauptgegenstand der Verhandlung waren die Kollegen, daß der viel zu wenig den Kollegen, die Kollege Libor meinte, daß auch auf seinem Bau, trotzdem dort ein Vorstandsmittelglied „nein“ anders, Zweigvereins arbeite, verschiedene Mängel seien. Kollege Stamle sprach sich gegen die herrschende Mode unter den Kollegen aus, wonach sie, wenn sie auch gut organisiert sind, doch nicht daran denken, über herrschende Mängel an Bau zu sprechen und Abhilfe zu verlangen. Erst dann, wenn ein in der Organisation irgend eine Funktion ausübt, der Kollege dort zu arbeiten anfangen, würde von dem sofort die Abhilfe aller Mängel verlangt. Die Kollegen sollten vorher schon die Mängel bekämpfen. Durch Einigkeit lasse sich sehr viel erreichen. Eine Resolution, die sich mit den auf der Konferenz gefassten Beschlüssen einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Hieran schloß Kollege Jamnitsch die Rede der Kollegen, wonach zu viele die Ertragssteuer noch nicht voll bezahlt haben. Wächst jedes Kollege ist es, diese zu entrichten, und nicht zu denken, es ist ein freiwilliger Beitrag. Nach erfolgter Wahl eines Schriftführers und eines Medios wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Ungarn.

(Bauarbeiterlohnkämpfe von 1893 bis 1906.)

Budapest, im Oktober. Wer sich mit Nationalökonomie beschäftigt, dem ist es eine bekannte Sache, daß in einem Agrarstaate, der sich zum Industrieland entwickeln will, eine der wichtigsten Rollen anfangs gerade das Baugewerbe innehat. Das Bauen von privaten und öffentlichen Gebäuden, namentlich Fabriken, Knechten, Schulen, Spitälern, Verkehrsmitteln, Binnhäfen usw., gibt den ersten Anstoß zur Aufschwung der Industrie und zur Entwicklung der einen Industrieland charakterisierenden Städte, und das ist es, was der noch minoritären „Bourgeoisie“ die ihr bisher noch unbekannten Mythen des Unternehmertums aufdeckt.

Eine Revolution zieht durch die Gehirne der Menschen, durch deren Ideen, Bestrebungen und Gedanken, bis die konservativen Elemente zu Gewerbetreibenden werden, wodurch es von seiner Unbeschäftigung, vom Aderbau, vollständig abweicht. Die mit der Landwirtschaft zusammenhängende relative Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne, der Drang nach Befriedigung der gesteigerten Bedürfnisse, sowie das derzeit unauffällige Gelingen der Befriedigung des Grundbedürfnisses, welcher die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz bildet — heben die in der Unbeschäftigung stehenden Familienmitglieder aus ihrer alten, angewohnten Lage und lenken sie auf neue, ihnen vollkommen unbekannte Genüsse, wo der Reiz ihrer Existenz von neuen wirtschaftlichen Faktoren geleitet wird.

Diese unbekannten Gründe zwingen den Aderbauenden Familienwater, oft gegen seinen Willen, seinen Sohn eine gewerbliche Arbeit erlernen zu lassen. Bei der Wahl der Kaufbahn kommen auch die den Agrarstaat charakterisierenden konservativen Gedanken zur Geltung und so

kommen die Kinder der Provinz zumeist zu solchen Beschäftigungen, die gerade dort in der Gemeinde oder in der zunächst gelegenen kleinen Stadt dominierend sind. Es ist ferner der Fall, daß der Aderbauer seinen Sohn ohne Bedenken zum Goldarbeiter, Kammmacher, Knopfmacher oder Handschuhmacher in die Lehre geben würde. Diese Beschäftigungen fallen weit außerhalb seines Gedankenkreises und er denkt über sie, als könnten sie keinesfalls die sicheren Grundlagen zur angestrebten Existenz eines Arbeiters sein. Deshalb ist es Regel, daß das Kind am liebsten einem Gewerbe anvertraut wird, das am meisten den Bedürfnissen der Provinz angepaßt ist und welches ermöglicht, daß die Kinder, wenn sie schon ein Gewerbe erlernen und betreiben, auch weiterhin ungehindert in der Familie verbleiben können. Zu diesen Beschäftigungen gehören in erster Reihe in unserem Agrarstaate das Maurer- und das Zimmerhandwerk. Diese gehören zu den ältesten handwerklichen Beschäftigungen. Die Menschheit kennt sie seit der niedersteigenden Periode des Nomadenlebens. Die übrigen Berufsstände, die mit der Ausgestaltung der entwickelteren Ansprache zu Stande gekommen, sind hinsichtlich des öffentlichen Lebens in der Provinz weit hinter diesen zurückgeblieben. Das Baugewerbe, die Beschäftigungsart, die Arbeitsdauer, das Lehrverhältnis und noch andere äußere Erscheinungen, steht dem Landarbeiter viel näher, als jedes andere Gewerbe.

Zu den Eigentümlichkeiten des Baugewerbes gehört es, daß die Lehrlinge nicht ganz zu Familienmitgliedern ihres Lehrmeisters werden; wie das in den meisten Berufen zu geschehen pflegt, sondern sie bleiben in vieler Beziehung unabhängig. Diese Unabhängigkeit äußert sich darin, daß die baugewerblichen Lehrlinge nur am Tage, während der Dauer der Arbeitszeit den Verfügungen ihrer Meister unterliegen und mit der Beendigung des Tageswerkes bis zum Beginn der Arbeit am nächsten Tage zu ihren Eltern bekehren können, was ihre Lehrlingsjahre zweifellos erträglicher macht. Außer dieser Eigentümlichkeit weist das Lehrverhältnis im Baugewerbe noch eine interessante Erscheinung auf: der Lehrling wird hier nicht mit Naturallohn, mit Verpflegung versehen, wie die Lehrlinge der anderen Branchen, sondern er erhält schon vom ersten Tage an haren Lohn ausbezahlt. Dieser Lohn beginnt in der Provinz mit 70 bis 80 Heller und steigt in den Städten im dritten Lehrjahre bis auf Kr. 2,40 und Kr. 2,60. Das allein ist schon eine mächtige wirtschaftliche Kraft, die die armen Proletariatskinder in der Provinz dazu verlockt, ihre Kinder einer Beschäftigung zuzuführen, die es ermöglicht, daß sie, wenn auch mit ihrem geringen Verdienste, doch zur Bekleidung des Haushaltes beitragen können. Diejenige Umstände ist es auch auszusprechen, daß es in der Provinz unzählige Familien gibt, wo vier bis fünf Mitglieder des Maurer- oder Zimmererzweiges betätigt sind.

Nun gibt es in Ungarn viele Orte, wo die Maurer und Zimmerer nur in einem Teile der Sommerzeit ihrem baugewerblichen Berufe nachgehen, im übrigen aber — auch gegen Lohn — in der Landwirtschaft, in Weinbergen usw. arbeiten. Dieser Teil der Bauarbeiterchaft, der seine Existenz gemeinschaftlich auf die gewerbliche und auf die landwirtschaftliche Arbeit begründet, ist das konservative Element, das bis jetzt zum größten Teil der Hemmnisse der Verwirklichung des höheren Arbeitslohnes und der kürzeren Arbeitszeit war.

Ganz anders, und zwar viel schlechter, ist der Teil der Bauarbeiterchaft gestellt, der nur auf die Arbeit im Gewerbe angewiesen ist. Das Produkt des Maurers kann nicht fabrikmäßig hergestellt, verpackt und nach fernen Orten transportiert werden, sondern der Maurer muß seine Schritte dorthin lenken, wo ein Baubedarf vorhanden ist. Will der Maurer eine Familie gründen, so ist er gezwungen, diese in irgend einer Gemeinde für beständig anzusiedeln, während er selbst vom Frühjahr bis zum Anfang des Winters in der Fremde, fern von der Familie, das Brot verdienen muß. Es ist eine leichte Sache, festzustellen, daß der Arbeiter, der fern von seiner Familie lebt, für sich selbst und dann noch separat für seine Familie Wohnräume mieten und die Unterhaltungsgegenstände aufbringen muß, und dabei noch monatelang arbeitslos ist, ein größeres Interesse an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat, als einer, der dieser doppelten Sorge entrichtet ist. Bei diesen Arbeitern fanden denn auch die Ideen der modernen Arbeiterbewegung zuerst den Widerhall, der notwendig zur Gründung und Aufrechterhaltung von Organisationen zum Kampfe für bessere Lebensbedingungen ist.

Der Umstand, daß die für die Existenz im Winter notwendigen Unterhaltungsquellen immer schwerer zu beschaffen waren, ferner die von 1897 bis 1903 anhaltende baugewerbliche Krise haben die Bauarbeiterchaft im Denken wie im Handeln vollkommen umgeformt. Der erste materielle Erfolg, den die Arbeiter durch den Boykott beim Borsenbau in der Hauptstadt errungen haben, wurde zur Quelle eines großen Kampfes, welcher sich ohne Unterlass ausgedehnt und sich in immer größeren Bogen gegen die Grenzen des Landes gezogen hat. Dieser Kampf war damals noch nicht auf dem felsenfesten Fundament des Klassenbewußtseins aufgebaut, sondern es war dies vielmehr ein Ausbruch der Empörung einer großen, bis auf jetzt ungezügelter, gedrückten Arbeitergruppe, die darum auch wenig wählerisch in ihren Kampfmethoden waren. Von Wichtigkeit, zum staatsmännlichen Ueberlebensgefühl, von profitorientiertem Systemdenken dürfen wir im Entfaltungsprozeß der Bauarbeiterbewegung nicht sprechen. Wären die Bauarbeiter gleich am Anfang ihrer Bewegung von diesen Eigenschaften befangen gewesen, sie hätten in der kurzen Zeit gewiß nicht solche Erfolge aufzuweisen können, welche sie bis heute erreicht haben. Sie sahen bloß, daß sie von ihrer schweren, ermüdenden Arbeit kaum im Sommer leben können, während sich die Unternehmer schon nach einigen Jahren ihres Meisterberufes Käufer, Eigenschaft usw. „erwirtschafteten“, und als die Arbeiter zur Erkenntnis dessen kamen, daß die Häuser der Meister, die der Reiche nach gerade auf den wertvollsten Baustellen aufgeführt wurden, keine „Gottesgaben“ und auch nicht mit dem Schweiß der Meister gebaut sind, sondern in dem den Arbeitern portionsweise vorerhaltene Lohn ihren Ursprung haben,

da änderte sich sofort die Lage des Baugewerbes und der mit künstlichen Mitteln zurückgehaltene Wunsch der arbeitenden Arbeiter riß sich laminenmäßig seinen Weg nach vornwärts.

Die Arbeiten beim Bau den Eisenbahnen, öffentlichen Gebäuden, Knechten, Kirchen, Fabriken, Verkehrsmitteln usw. bildeten die Schatzgruben der Bauunternehmer, welche Arbeiten sie zum größten Teile durch ihren persönlichen Einfluß und durch ihre Protektoren erhielten; nur so war es möglich, daß sie, außerhalb der notwendigen Konkurrenz stehend, glänzende Einheitspreise erzielen, und zu diesem Vorteil kam noch hinzu, daß die vom Bauern nötige Arbeitskraft infolge der Unorganisiertheit billig und zur Ausbeutung sehr geeignet war. Die Brutalität der Polizei und die Heißhunger des Anarchismus haben den im Kostenborananschlag angenommenen Produktionsdurchschnitt oft auf Dreifache gesteigert. Es ist also leicht begreiflich, daß die zu hohe „Profitorate“ gewöhnlichen Herren die im Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter eingetretene neue Gestaltung nicht begreifen können, die auf den Kurs des Tageswertes der Arbeitskraft in starkem Maße einwirkt und welche später auch unbestreitbar die Verminderung der Tagesproduktion des Arbeiters verursacht hat. Die Unternehmer möchten diesen Zustand natürlich gern ändern, aber sie können es nicht, weil sie sich unangenehme Mittel bedienen. Ihre Bestreben sind nur in dem Falle von Erfolg begleitet, wenn den Bauarbeitern die Anwartschaft auf den Arbeitslohn und die Arbeitszeit auf Grund eines Kollektivvertrages garantiert werden.

Als Ergebnis der bisher geführten Kämpfe haben wir eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um 66 pSt. und die Verringerung der täglichen Arbeitszeit um 16 pSt. in den letzten vier Jahren zu konstatieren. Im einzelnen ist über die Arbeitszeit in 216 Orten das folgende festgestellt worden.

Arbeitszeit.

| Im Jahre 1903. | Im Jahre 1904. | Im Jahre 1905. | Im Jahre 1906. |
|----------------|------------------------|----------------|------------------------|
| Zahl der Orte | Arbeitszeit in Stunden | Zahl der Orte | Arbeitszeit in Stunden |
| — | 9 | — | 9 |
| 6 | 10 | 36 | 10 |
| 29 | 10½ | 38 | 10½ |
| 47 | 11 | 81 | 11 |
| 35 | 12 | 85 | 12 |
| 60 | 13 | 43 | 13 |
| 18 | 14 | 12 | 14 |
| 16 | 15 | 15 | 15 |
| 6 | 16 | 6 | 16 |

Stundenlöhne von 20 Heller und darunter, die im Jahre 1903 noch in 134 Orten gezahlt wurden, sind so gut wie verschwunden; und während 1903 nur in 3 Orten der Stundenlohn auf 40 Heller und darüber stand, ist heute der Durchschnittslohn nach 40 Heller herangerückt. Die Jahresarbeitsstunden sind im Durchschnitt von 2440 auf 2060 gesunken und der Jahresarbeitslohn ist von Kr. 481 auf Kr. 734 gestiegen. In dieser Lohnsteigerung partizipieren in den 216 Orten 26 450 Bauarbeiter.

Betralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 20. bis 26. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg A. 500, Breiten 500, Rommels 450, Altona 400, Erft 400, St.-Ziegenort 300, Harburg a. d. Elbe 300, Eckartschäulen 250, Verbsleben 250, Hollenau 200, Dörfelsdorf 200, Eberdingen 200, Moorburg 200, Lieve a. Rhinotanal 200, Grauberg 200, Wolfenbüttel 200, Rostschelbe 200, Rastdorf 200, Wilhelmshagen 200, Fährtenwalde 150,50, Fährtenwalde 150, Deutsch Elfa 150, Bieder 130, Immenhausen 100, Rastdorf 60, Straßburg i. d. Lahnmark 40. Summa A. 6160,50.

Zuführte erhielten: Berlin A. 4000, Lehm 350, Königsberg i. Pr. 300, Minden i. Westf. 150, Sandhufschheim 100, Wülfels i. Westf. 100, Langenfeld 100, Landstuhl 100, Albershof 100, Lutter a. Bgh. 100, Bafaldorf 100, St.-Neundorf 60. Summa A. 5560.

Altona, den 26. Oktober 1907.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterhalt nie, von Unfällen, Vaneinfürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten. Sogleichstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Chemnitz. Am 25. Oktober verunglückte auf einem Umbau auf der Dresdenerstraße ein Kollege dadurch, daß er, auf einer Leiter stehend, mit dem Abbruch einer Wand beschäftigt war. Beim Durchschlagen der Steine kam die Leiter auf dem Parterrefußboden ins Rutschen, und der Kollege stürzte ab. Er erlitt hierbei eine Verletzung des Fußes.

Güstrin. Auf unauffällige Weise stürzte am 21. Oktober der Dachbedeckungsmeister Rudolf aus Alt-Dreißig vom Dache eines dreistöckigen Hauses in der Dreißigerstraße und war in zehn Minuten eine Leiche. Wie sich das Unglück ereignete, konnte, wie gesagt, nicht festgestellt werden.

Erfurt. Am 19. Oktober stürzte an dem Neubau des Internats z. F. Feige in der Winterfeldstraße ein Brandstich ein und riß dabei einen Teil des im Rohbau fertigen Hauses mit sich. Die Ursache dieses Einsturzes wurde anfänglich darauf zurückgeführt, daß auf dem Nebengrundstücke, wo man mit den Ausgrabungsarbeiten

beschäftigt war, an dem Giebel entlang tiefer ausgeschachtet hatte, als das Fundament des Giebels war, ohne aber das Fundament zu unterfangen. Wie aber nachträglich festgestellt worden ist, sind auch an dem betreffenden Neubau die Fundamente selbst nicht tief genug ausgeschachtet gewesen, indem diese noch nicht einmal 20 cm tiefer als die Kellerkellern lagen. Daß in dieser Weise gespart wird, ist nur eine Folge des Spekulantentums, wie solches in Erfurt in schöner Blüte steht. Es ist ein Wunder, daß dabei nicht schon mehr passiert ist. Im vorigen Sommer mußten mehrere Bauten abgerissen werden, weil das verwendete Baumaterial zu feigen Anlaß gab. Durch den Einsturz tritt aber auch klar zu Tage, daß die Baupolizeiverwaltung nicht die nötige Sorge für die strenge Durchführung der baupolizeilichen Bestimmungen trägt; denn bei dem guten Baugrunde, den wir in Erfurt haben, dürfte ein solcher Hauseinsturz nicht eintreten. Daß dabei keine Menschenleben vernichtet worden sind, ist nur darauf zurückzuführen, daß der Giebel nicht ein einziges Mal zusammenbrach, sondern schon vorher einzelne Steine herabfielen, wodurch die daneben arbeitenden Leute auf die Gefahr aufmerksam wurden und ihr Leben in Sicherheit bringen konnten. Möge dieser Einsturz eine Mahnung sein, daß es wohl nun an der Zeit ist, scharfe Maßnahmen gegen das Spekulantentum zu ergreifen, damit wieder eine solidere Bauweise Platz greift.

Gladbeck i. W. Am 16. Oktober ereignete sich an den Kolonialbauten der Rehe „Bereinigter Gladbek“ ein bedauerliches Unglück. Mehrere Maurer waren damit beschäftigt, Träger hochzulegen. Plötzlich riß ein Seil und die Kollegen A. und S. stürzten in die Tiefe, wobei sich A. einen Schädel- und Armbruch zuzog, während S. leichtere Verletzungen erlitt. Während am fraglichen Bau die Unfallverhütungsvorschriften befolgt worden, dann hätte dies Unglück nicht passieren können. Aber an diesen Bauten, die die Firma Jansen & Bamber aufführt, scheint man keine Schutzvorrichtungen zu kennen; die Bauten werden hochgeführt, ohne den Keller oder eine einzige Ballenlage abzugeben. Am 17. Oktober stürzte an denselben Bauten bei der Firma Geisterkamp & Co. der Maurer Sch. ab, wobei sich auch dieser erhebliche Verletzungen zuzog. Bei solchen Vorfällen muß man sich fragen: hat man in Gladbeck denn keine Baupolizei? Ja, die haben wir. Aber wie sie ihren Pflichten nachkommt, beweist folgender Fall. In Braut wurde 1906 eine achtstellige Schule gebaut. Als die erste Ballenlage gelegt war, brangen die daran beschäftigten Arbeiter darauf, daß Schutzdecken gelegt würden. Der Polizei ließ auch mit dieser Arbeit beginnen; aber hier damit nicht einverstanden war, war der Aufsichtsführer Weidberg. „Die Schutzdecken werden noch nicht gelegt, das hat Zeit bis der Bau hoch ist, oder ich lege den Bau still.“ So diktierte er. Solche Leute hat man hier in dem „frommen“ Münsterland so viele, daß wenn man sie auf ganz Deutschland verteilen würde, in jedem Jahre ein paar tausend Unglücksfälle mehr zu verzeichnen wären.

Nach diesem Bericht scheint es also nicht nur in Buer so traurig bestellt zu sein, wie wir vor Gericht nachweisen konnten.

Speise. Bei den Montierungsarbeiten an den neuen Drehöfen auf der Alsenfabrik Zementfabrik verunglückten am 25. Oktober ein Arbeiter und ein Monteur, und zwar erlitt der Arbeiter einen Oberarmbruch und schwere innere Verletzungen. Der Monteur hat anscheinend einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen erlitten. Der Arbeiter ist noch am selben Tage seinen Verletzungen erlegen, den Monteur hofft man, am Leben zu erhalten. Das Unglück erfolgte dadurch, daß man ein Drehrad für den Patentofen von einem Tragseiler zum anderen transportieren wollte. Die Seile sind nicht 3½ m hoch und ungefähr 1,60 m voneinander entfernt. Ueber diese Öffnung von 1,60 m hatte man zwei Gerüstbretter von 1/2 Zoll Stärke gelegt und hierauf wieder einige Bretter als Belag. Hierauf wollte man mit drei Mann die zierliche Drehmaschine transportieren, und dabei geschah das Unglück. Allgemeinen Unwillen erregte der Umstand, daß der Arbeiter mit seiner offenen Wunde, aus der das Blut stromweise hervorquoll, noch eine Viertelstunde liegen mußte, bevor Verbandmaterial und der Kranenlocher der Haulie zur Stelle waren. Bei der Ueberführung des verletzten Monteurs nach dem Juliusspital dauerte es eine volle Stunde, bevor der Kranenlocher zur Stelle war, bis dahin hatte man ihn in eine Waube getragen. Uns scheint, man hätte telephonisch den Kranenlocher vom Juliusspital hindern können, dann brauchte man nicht auf den Kranenlocher zu warten. Nun noch einiges zu dem Unfall selber. Der Unfall hätte auf al. Fälle vermieden werden können, wenn die nötige Vorsicht angewandt worden wäre; aber wenn man der Arbeit zusieht, so ist es ein Gasten und Jagen, und man muß sich nur wundern, daß nicht noch mehr Unglücksfälle passieren. Obwohl technische Beamte in Hülle und Fülle vorhanden sind, quält sich anscheinend keiner um die Schutzvorrichtungen. Nur wenn das Unglück passiert ist, dann kommt die Polizei und der Stadtbaumeister. Sie nehmen einen Bericht auf, die zerbrochenen Bretter werden nach der Polizei geschickt und damit ist die Sache einstweilen erledigt. Gätte man statt dessen gleich die ganzen Arbeiten einmal in Augenschein genommen, wir glauben, es hätten verschiedene Arbeiten eingestellt und es hätte erst für genügenden Schutz der Arbeiter gesorgt werden müssen. Aber das hätte den Profit schmälert und „heißt die Wammes“. Aus dem Vorstehenden ergibt sich nun wiederum, wie gerechtfertigt die Forderung der Arbeiterchaft auf mehrbesserte Bauarbeiterchaft und Anstellung von Baupolizeuren, aus ihren eigenen Reihen ist.

Mannheim. Am 17. Oktober ereignete sich am Neubau des Wasserturnes, Ecke der Industrie- und Sandhoferstraße, ein größlicher Unglücksfall. An besagter Baustelle werden die Steine und der Mörtel mit einem Fahrstuhl in die Höhe gebracht. Der die Aufzugsmaschine bedienende 41 Jahre alte Tagelöhner Simoncini geriet in deren Trommel. Das darauf laufende Drahtseil erfaßte ihn an den Händen und wickelte ihn förmlich in die Maschine hinein. Hierbei wurde ihm, ehe der Motor angehalten werden konnte, der Kopf in der Mitte durchgeschnitten,

außerdem war die rechte Hand und ein Finger der linken Hand abgedrückt. Der Tod trat sofort ein. Der Polizeibericht meldet nun am Ende seines Berichtes: „Befähigung dritter Personen liegt nicht vor.“ So, da haben wir es: wäre der Arbeiter weggeblieben, oder hätte er besser acht gegeben, wäre das Unglück nicht passiert. Bistal! Aber nach den Schutzbestimmungen fragt kein Mensch. Bereits am anderen Morgen durfte der Arbeiter den Betrieb wieder aufnehmen, d. h. er ließ die Maschine reinigen; er wußte also, daß keine Untersuchungen mehr erfolgen würden. Die einfache polizeiliche Konstatierung des Unfalls hatte genügt, um das Selbstverderben des Arbeiters herbeizuführen. Wir sind anderer Meinung. Wäre vor der Trommel der Maschine ein Schuttkübel gewesen, so hätte das Unglück absolut nicht passieren können. Ferner: warum ist das zur Trommel führende Seil nicht eingeseilt oder wenigstens so abgefeuert, daß niemand damit in Verberührung kommen kann? Hundertmal wurde dies Seil überschritten; der Unfall hätte sich leicht alle Tage ereignen können. Warum hat man jetzt erst eine notdürftige Abseicherung vorgenommen? Und noch eins: wo blieb die Baupolizei? Wohl hat der angestellte Baupolizeur Wabel den Bau ein paar Mal kontrolliert, aber den Missetat sah er dann noch nicht, als das Unglück schon passiert war und er am anderen Tage aus dem Bau erschien. Strafverfügungen gegen Maurer, die gegen die Vorschriften verstoßen, sind ganz am Platz, aber man muß die Konsequenz auch auf die Unternehmer ausdehnen, wenn es gilt, Bestimmungen einzuführen, deren Erfüllung lediglich den Unternehmern obliegt. Und hier glauben wir, der Kontrolle die nötige Energie liegt. Und hier glauben wir, der Kontrolle die nötige Energie liegt. Und hier glauben wir, der Kontrolle die nötige Energie liegt. Männer unfähig sind, wahre Missetat auf den Bauten zu erkennen. Ebenso erging es dem Kontrollleur der Berufs-gesellschaft. Obwohl dieser ein paar Tage vor dem Unfall die Baustelle kontrolliert hatte, konnte auch er bei der nochmaligen, nach dem Unfall vorgenommenen Kontrolle keinen Missetat entdecken. Sein Missetat war, der dieser Mann, der auf dem Bau herumkriecht, eigentlich ist, manchmal selbst der Polizei nicht. Keine Frage, keine Antwort. Der Bau ist kontrolliert. Und er ist danach.

Schmalldalen. Ein Unfall ereignete sich am 22. Oktober auf dem Viehhoflichen Neubau auf der Salzbrücke. Der Maurerpolier Brändner stürzte infolge eines Fehltritts aus einer Höhe von 7 m ab und zog sich außer Verletzungen des Armes eine Verletzung des Rückgrats zu. Der Verletzte wurde in seine Wohnung geschafft. Wäre hier besser abgedeckt gewesen, so wäre der Unfall nicht passiert. Soffentlich nehmen sich die Kollegen ein Beispiel hieran.

Senftenberg. Am Neubau des Unternehmers Ulrich, Kolonie Viktoriaberg bei Senftenberg, verunglückte der Kollege Erich Ziehl am 25. Oktober. Ziehl transportierte einen leeren Kasten auf der ersten Etage auf einem schmalen Brett, rutschte aus und fiel bis in den Keller hinunter. Er zog sich eine schwere Kopfverletzung zu. Wären der Vorschriften gemäß Stufen (Zwischendeck) zwischen den Balken gewesen, so konnte das Unglück nicht geschehen. Es mangelt überhaupt dort noch viel. Die Baubau ist viel zu klein; die fremden Kollegen lagerten im Kuchstalle auf Strohschichten. Es wäre dringend nötig, daß die Herren Polizeibeamten diesen Bau einmal einer genaueren Kontrolle unterziehen würden.

Bauarbeiterchaft in Chemnitz. Die Chemnitzer Bauarbeiterchaftskommission beabsichtigte in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober d. J. eine Kontrolle der Neubauten. Kontrolliert wurden 112 Bauten, 4 Kuchstaben und 3 Zimmerplätze. Folgende Missetat wurden vorgefunden: Auf 2 Arbeitsstellen war keine Baubau. 8 Baubuden wurden als zu klein befunden. 22 mal waren die Wände nicht wasserdicht. Bei 11 Baubuden waren die Fenster nicht zum Öffnen eingerichtet. 6 Baubuden hatten keine verstellbare Läden. 27 Baubuden waren nicht heizbar. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Baubuden vom 1. Oktober an heizbar sein sollen, aber der schönen Tage wegen ist man im allgemeinen nicht so streng vorgegangen. Genügend Sitzplätze und Tafeln waren 14 mal nicht vorhanden. Waschegelegenheit wurde nur in 32 Fällen vorgefunden. In der Hauptküche betrachtete man einen unter die Wasserleitung gesteckten Wasserheber als Waschegelegenheit. Trinkwasser fehlte in 6 Fällen. Schränke oder Kästen mit Verbandmaterial waren in 17 Fällen nicht vorhanden. Eine Gebrauchsanweisung zur ersten Hilfeleistung gab es auf 106 Bauten nicht. Täglich gereinigt wurden 15 Baubuden, dreimal wöchentlich 21, einmal wöchentlich 67, alle 14 Tage 18 und in längeren Zwischenräumen 3. In 9 Fällen lagerte Material in der Baubau. 10 Aborte hatten keinen Fußboden, bei 19 war das Dach nicht wasserdicht. Zweimal waren zu wenig Aborte vorhanden. Eine vorchriftsmäßige Grube (aus Zementmörtel hergestellt) fehlte in 7 Fällen. In 10 Fällen entsprachen die untergestellten Kanonen und Häuser nicht den Vorschriften. Nur 32 mal wurden die Aborte regelmäßig wöchentlich gesäubert. Desinfiziert wurden sie nur in 4 Fällen vorgefunden. Pisseoireimer fehlten auf 28 Bauten. Nicht regelmäßig geleert wurden die Pisseoireimer in 56 Fällen. 17 mal waren die Bauten bei Ausführung von Tischler-, Maler-, Stukkateur-, Putzer-, Zöpfer- und Zimmerarbeiten nicht mit Türen und Fenstern versehen. Dem § 8 der städtischen Vorschriften, betreffend Dacharbeiten, wurde 12 mal nicht entsprochen. Die Unfallverhütungsvorschriften und die Vorschriften über Arbeiterchaft auf Bauten hingen auf 4 Bauten nicht aus. Genügend brauchbares Gerüstmaterial fehlte in 11 Fällen. Der Boden des Gerüsts war in 23 Fällen in nicht gutem Zustande. Nicht genügend abgefeilt, verankert und verschwert war das Gerüst in 16 Fällen. Geländer und Sockelbretter fehlten in 25 Fällen. Unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, befand sich in 31 Fällen kein vollständig abgedecktes Gerüst. Schutz- und Feuerschutz waren auf 12 Bauten nicht angebracht, auch wurden 8 dieser Gerüste als zu schmal befunden. Die Ballenlagen wurden in 5 Fällen nicht sofort nach der Legung abgedeckt. Auch diese Kontrolle der Bauarbeiterchaftskommission verursachte wieder einmal großes Meinmachen und Jantandchen der Gerüste auf den Chemnitzer Neubauten. Im allgemeinen

muß jedoch festgestellt werden, daß es um vieles besser geworden ist. Aber immer muß die Kontrolle der Bauarbeiterchaft dahinter stehen. Viele Bauarbeiter würden dem Bauarbeiterchafts- oder auch große Dienste leisten, wenn sie durch tatkräftiges Eintreten für den Bauarbeiterchaft die Polizei oder Unternehmer veranlassen würden, die vorhandenen Missetat abzustellen. Bemerkenswert ist, daß sich beim Erscheinen des Arbeiterkontrollleures die Polizei sofort bereit erklärte, die vorhandenen Missetat abzustellen. Die stärkste Kritik, vor allem aus dem Gebiete des sanitären Schutzes, muß wiederum an den Bauten des Baumeisters und Stadtrats Duderstadt geübt werden. Wir wollen gern zugeben, daß Herr Duderstadt persönlich nichts damit zu tun hat, aber schließlich trägt er doch die Verantwortung dafür. Es gibt kaum in der ganzen Stadt einen so miserablen Abort wie bei Herrn Duderstadt. Die Pisseoireimer geben den städtischen Baupolizeurem immer wieder Anlaß zu Monitis, und zwar deshalb, weil als Pisseoireimer gewöhnliche Wassereimer benutzt werden, aber bei Bedarf nach Wassereimern die Pisseoireimer genommen werden. Die auf Veranlassung des städtischen Baupolizeurens aufgestellten Pisseoireimer sind beim nächsten Erscheinen des Kontrollleures wieder verschwunden. Das liegt nicht an den Arbeitern, die die Eimer benutzen, sondern daran, daß zu wenig Eimer vorhanden sind.

Bauarbeiterchafts-Konferenz in Bayern. Schon zum wiederholten Male haben wir im „Grundstein“ berichtet, daß Bayern noch lange nicht als Muster bezüglich des Bauarbeiterchafts gelten kann, was ja wohl an den hiesigen hohen Unfallziffer der bayerischen Baugewerkschaftskommission beweist. Alles dies hat die Bauarbeiterchaft in Bayern veranlaßt, im Einverständnis mit der Zentralkommission für Bauarbeiterchaft eine Konferenz einzuberufen, die am 10. November in München, im Besale „Zum goldenen Eimer“, Tag 74, stattfand. Hier soll berichtet werden, in welcher Weise die Frage des Bauarbeiterchafts nach vornwärts geschoben werden kann. Soweit unsere Kollegen zur Beileidung der Konferenz noch nicht Stellung genommen haben, wird dies nun schnellstens geschehen müssen, damit die Regierung sieht, daß es uns um den Schutz für unser Leben und unserer Gesundheit Ernst ist.

Aus Unternehmerrreisen.

Einmal deutlicher, bitte! Unsere Forderung nach Beteiligung der Arbeiter an der behördlichen Baupolizei-Kontrolle ist die scharfmachendste Kreise der Unternehmung zu heiligen Ausfällen gegen die organisierte Arbeiterchaft an. Dabei wird dann immer noch der Vortrag des Kollegen Wehner-Hannover als Beweis herangezogen, daß hinter dieser Forderung nichts weiter stehe, als die Absicht, mit der Baupolizei-Kontrolle auch eine Kontrolle über die Zugehörigkeit zur Organisation zu verbinden. Wir haben diese Forderung damals, gleich, als sie in dem Heftchen und in der „Freiwilligen Zeitung“ erschien, richtig gestellt, ohne diese Forderung zu bewegen, ihren Irrtum anzuerkennen. Jetzt bringt nun das Zentraler-Unternehmen der Firma Eisner, zu der der Freiherr von Reisswitz die Festbellege zu liefern hat, den alten Schwindel in neuem Gewande. Wir bezichtigen darauf, gerade diesem Blatte, der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, gegenüber nochmals zu versuchen, die Wahrheit zur Anerkennung zu bringen. Sei es also drum.

Außer diesem alten bringt das Blatt noch einen neuen Schwindel, den es seinem Trabanten aus dem Ruhrgebiet entnimmt:

Wir können eine weitere, interessante Ergänzung dahin geben, daß in den letzten drei Jahren wiederholt festgestellt wurde, daß die organisierten Arbeiter auf den Baustellen Material beschaffen, ja selbst Werkzeuge und Maschinen unbrauchbar machen, um dadurch dem Arbeitgeber möglichst große Verluste beizubringen. So teilte man uns noch kürzlich aus Düsseldorf mit, daß die streikenden Marmorarbeiter Beschädigungen an Material und an fertiggestellten Arbeiten vorgenommen hatten, insbesondere aber muß hier hervorgehoben werden, daß während des Streikperikels in Dortmund in ganz infamer Weise von den organisierten Arbeitern vorgenommen worden ist. Es wurden Gerüststricke durchgeschnitten und andere Manipulationen vorgenommen, durch welche das Leben der dabei Beteiligten gefährdet wurde. Noch vor einiger Zeit konnten wir mitteilen, daß ein Arbeiterführer gerichtlich bestraft worden ist, der veranlaßt hatte, daß Gerüste oder dergleichen von den Arbeitern beschädigt wurden und der dadurch das Leben einer ganzen Anzahl von Menschen in Gefahr gebracht hatte.

Was soll daraus werden, wenn Leute von Schläge dieses Arbeiterführers das Recht haben, die Baupolizei auszuüben? Sie würden nicht nur für ihre Organisation agieren, sondern sie würden das ihnen anvertraute Amt unter Umständen auch nach zu anderen Zwecken missbrauchen. Wenn das auch nicht von allen Arbeiterführern ohne weiteres angenommen werden soll, so sind aber doch die Beweise dafür erbracht, daß eine ganze Reihe Arbeitervertreter schon allein aus den oben angeführten Gründen völlig unfähig wären, das Amt eines Baupolizeurens zu übernehmen.

Wir wollen zunächst ganz beiseite lassen, was die hier so grell auf die Leinwand gemalten Vorwürfe gegen die Baupolizei zu tun haben könnten, richten aber an das Unternehmerrblatt das Ersuchen, über die hier aufgestellten verächtlichen Behauptungen nähere Angaben zu machen. An dem ganzen Sermon ist mit Ausnahme des einen Falles, wo ein Arbeiterführer gerichtlich bestraft sein soll, kein wahres Wort, und dieser eine Fall ist der des strikischen Herrn Schwarz in Krefeld! Und auch hier liegt eine faulstüchtige Lüge vor; denn zur Zeit, als das geschehen wurde, war der Fall noch gar nicht abgeurteilt. Das ist erst jetzt geschehen, und dabei ist der „Arbeiterführer“ Schwarz freigesprochen worden, die beiden „schüchternen“ Maurer wurden allerdings verurteilt. Man sieht also, daß alles Wesentliche an dieser Notiz entweder direkt Lüge oder halbfalsche Verleumdung ist. Vermutlich wird sich das Unternehmerrblatt auch diesmal am den Beweis herumdrehen,

momit dann wieder einmal die notorische Verlogenheit der von den Scharmachern ausgehenden Presse bewiesen wäre.

Aus anderen Berufen.

* **Die Sonntagdrühe für die Photographengehilfen** ist seit dem Jahre 1895, wenn auch gänzlich unzulänglich, geregelt, wird aber von den Vollerwerbslern noch sehr häufig zum Nachteil ihres Personals umgangen. Der Verband deutscher Photographengehilfen wendet sich daher an die organisierte Arbeiterkraft mit der Bitte, photographische Ateliers Sonntags nicht vor 10 Uhr Vor- und nach 2 Uhr Nachmittags aufzusuchen, was wir unsere Kollegen wohl zu beachten bitten.

* **Von der russischen Gewerkschaftsbewegung** entwirft das russische Bulletin ein trübses Bild. Es berichtet über die Gewerkschaftsbewegung im Moskauer Industriebezirk. In der Nr. 14 des „Gewerkschafts-Anzeiger“ dem Organ der Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftskongresses wird die überaus traurige Lage der Gewerkschaften im Moskauer Industriebezirk geschildert.

In diesem Bezirk ist die Textilindustrie vorherrschend und die erste Stelle nehmen ebenso wie nach Anzahl der Gewerkschaften, so auch nach Anzahl der Mitglieder die Textilarbeiter ein. Im Juli d. J. waren es 44 Gewerkschaften mit 30 000 Mitgliedern. Augenblicklich jedoch hat sich die Lage außerordentlich verändert. Der letzte mißgünstige Streik und die Auflösung der Gewerkschaften haben breite Massen der Arbeiter von ihnen abgetrennt, so daß viele Gewerkschaften ihre Existenz aufgeben mußten und in den übrig gebliebenen hat sich die Zahl der Mitglieder ungeheuer vermindert. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften der Textilindustrie übersteigt wohl jetzt kaum die Zahl von 5-6000.

Nicht besser ergeht es den Gewerkschaften der Metallarbeiter. Zum Beispiel von den mehr als 2000 Mitgliedern der Moskauer Gewerkschaft sind jetzt nur noch einige Hundert Mitglieder übrig geblieben. Genauso so steht es in den anderen Branchen aus.

In Moskau selbst haben von den 22 Gewerkschaften 22 zu existieren aufgehört: neun der stärksten Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 11½ Tausend sind der Auflösung verfallen, 13 Gewerkschaften mit 5½ Tausend Mitgliedern (Bäcker, Bodenreiniger usw.) infolge innerer Reibungen. Von den geschloffenen gelang es zweien, wieder legalisiert zu werden; sechs bestanden illegal. Letzteres jedoch ist nur den bedeutendsten gelungen (wie den Arbeitern des graphischen Gewerbes, Metalls, Textilarbeitern usw.), aber auch nur um den Preis einer Verminderung von 50 bis 90 pSt. der Mitglieder im Vergleich mit dem Bestand im Mai d. J.

Man muß einen allgemeinen Indifferenzismus der Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften im Moskauer Industriebezirk fast ohne Ausnahme feststellen. Als Hauptgrund der wachsenden Gleichgültigkeit der Arbeiter, sowie des Zerfalls der Gewerkschaften muß man die unerhörten Repressionsmaßnahmen der Regierung ansehen, die den Arbeiterorganisationen nicht die geringste Möglichkeit ließ, irgend welche Tätigkeit zu entwickeln.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer). Heft 4 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Robert Hum. — Die Engländer in Ägypten. Von Theodor Rothstein. — Zur Geschichte des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Von Paul Birch. Die Gehirnarbeitsleistung in Frankfurt a. M. 1908. Von W. B. Wittmann. — Das Wachstum unserer französischen Bruderpartei. Von Louis Dubreuilh. — Literarische Rundschau: L. Mahler, Marxismus und soziale Entwicklung. Von R. K. Dr. Paula Gureit, Die Bodensystem. Von Julius Deutsch. — Notizen: Der Jüdische Arbeiterbund. Von H. L.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 A.

Vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts:

Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1908. Dieser in den Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine Reihe äußerst nützlichen Materials für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Der vorliegende neue Jahrgang enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Die Neichseinnahmen. — Der Nutzen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Der Preis beträgt 60 A., erhältlich ist er in allen Parteibuchhandlungen, sowie bei allen Kolporturen.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Essen. Das 416 Seiten starke Protokoll kostet broschiert M. 1, kartoniert M. 1,25, in bausehaftem Kalikotband gebunden M. 1,50. Zu beziehen ist es durch alle Buchhandlungen, Parteigeschäfte und Kolporturen.

Protokoll vom Internationalen Sozialisten-Kongress Stuttgart 1907. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen. Ein Sach- und Sprechregister erleichtert das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist M. 1,20, eine billige Ausgabe kostet 50 A. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolporturen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer). Nr. 22 des 17. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A., unter Kreuzband 85 A., Jahresabonnement M. 2,60.

Vom Süddeutschen Postillon ist neben Nr. 22 erschienen, die sich ihren Vorgängerinnen in Wort und Bild würdig anschließt. Schmod und Wilsow (Volksbild) preisen ihre Doppelseitigkeit, der eine schreibt von rechts nach links, der andere umgekehrt. Der Kongress der Freisinnigen im Zirkus Busch 1907 (Volksbild) und als drittes Volksbild unser „Fremd“

Peters auf dem Wege zur Reaktivierung, aber frag' mich nur nicht viel! Die Nummer kostet 10 A. und ist in allen Parteibuchhandlungen, sowie vom Verlage M. Ernst, München, zu beziehen.

Der „Wahre Jacob“ Nr. 22. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Das gefährliche Wodspiel“ und „Memento mori“. Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Düren, L. Nischen. Daß Sie die auf der Poststelle gemachten Notierungen zurücknehmen, sei hiermit konstatiert, aber eine diesbezügliche Anzeige nehmen wir nicht auf.

Königsberg, Kr. Die Stimmzettel sind hoffentlich bald aufgebraucht?

Reinbeck, G. J. Ein solches Buch ist uns nicht bekannt. Wer als Feuilleton derartiges arrangieren will, der muß eben die eigene Phantasie mit zu Hilfe nehmen.

Abeln. Verfallungsanzeige kam zu spät.

Nowawes. Sterbefall vom 7. Oktober am 21. gemeldet: Papirrolle.

Munberg, G. J. Teile die Adresse noch einmal mit und schreibe die Nummer deutlicher, wir konnten sie nicht zweifelsfrei feststellen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileute kostet 10 A.)

Amstam. Am 22. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege A. Götke im Alter von 46 Jahren an Lungenemphysem.

Amstam. Am 24. Oktober starb unser treuer Kollege August Röhrd im Alter von 51 Jahren an Herzschlag.

Berlin. (Sektion der Püger.) Am 20. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Mitglied Karl Grieben im Alter von 54 Jahren an Lungenemphysem.

Biere. Am 21. Oktober starb nach langer Krankheit unser Kollege August Würfel im Alter von 47 Jahren an Lungenleiden.

Dresden. Am 23. Oktober starb unser Verbandskollege Theodor Kanath aus Gossau im Alter von 31 Jahren an Infektion und Neuralgie.

Essen. Am 26. Oktober starb nach kurzer Krankheit unser Verbandskollege Hans Hergl im Alter von 19 Jahren an Scharlach.

Essen. Am 26. Oktober starb nach längerem Krankenlager unser langjähriges treues Mitglied August Schoff im Alter von 70 Jahren an Entkräftung.

Gera. Am 19. Oktober starb unser treuer Kollege Emil Malawa aus Zwönitz an einem Halsleiden.

Hannover. Am 24. Oktober starb unser Kollege Karl Klipp im Alter von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Nossen. Am 22. Oktober starb unser treuer Verbandskollege August Pilz aus Neufirnchen im Alter von 42 Jahren an Gehirnleiden. — An demselben Tage starb unser Verbandskollege Louis Krause aus Treder-Grün im Alter von 54 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Rorzhelm. Am 20. Oktober starb nach einjährigem Leiden unser Mitglied Christian Hofmann im Alter von 31 Jahren an Lungen- und Kehlkopfemphysem.

Regensburg. Am 17. Oktober starb unser treuer Kollege Michael Effhauser im Alter von 45 Jahren an Wasserleiden.

Rüdesheim. Am 24. Oktober starb plötzlich unser treuer Verbandskollege Valentin Morr aus Gießen im Alter von 28 Jahren infolge eines Unfalls.

Siegen. Am 21. Oktober starb unser Kollege Jakob Becker im Alter von 21 Jahren an den Folgen einer erhaltenen Verletzung am Kopf.

Stuttgart. Am 23. Oktober starb nach langem Leiden unser Kollege Gottlob Riegraf im Alter von 50 Jahren.

Wiesbaden. Am 22. Oktober starb unser treuer, mit einem unheilbaren Leiden befallener Kollege Christian Braun aus Nordenskiöld freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!

Hof a. d. S.

Der Vorsitzende des Zweigvereins ist Konrad Opitz, er wohnt Graben 32, der Kassierer Eduard Walzke, Rühlstraße 32. Der Vorstand.

Zweigverein Kiel.

(Fiskale Gaarden.)

Den Mitgliedern der Zahlstelle Gaarden zur Kenntnis, daß das Verzeichnis und Verfallungsprotokoll jetzt endgültig von der „Zentral-Gasse“ nach den „Gaardener Volksblättern“ verlegt ist. [M. 20.] Der Vorstand.

Meiderich.

Die Adresse des Kassierers Konrad Bohl ist jetzt: Fischenstr. 33, 2. St. [M. 1,20] Der Vorstand.

Tribsees.

Der neu gewählte Vorsitzende, Kollege E. Timm, wohnt Fährmüsterstr. 396. [M. 1,20] Der Vorstand.

Der Kollege Friedrich Limberg, geb. in Bütow in Pomm., der zuletzt in Kiel gearbeitet hat, wird von seinen Familienangehörigen gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden freundlichst gebeten, das mitzuteilen an [M. 1,50] O. Limberg, Berlin, Gleimstr. 27.

Soltan.

Sonntag, den 3. November, Nachm. 4 Uhr: Erstes Stiftungsfest bei Fritz Voss.

Sämtliche Kollegen von hier und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Das Vergnügungskomitee.

Hemer.

Sonntag, den 10. November 1907: Erstes Stiftungsfest im Saale des Herrn Karl Edelhof,

wozu die Kollegen von Hemer, Mendon und Umgegend freundlichst eingeladen sind. [M. 2,70] Der Vorstand.

Pirna.

Sonntags, den 9. November, Abends 7 Uhr: Dreizehntes Stiftungsfest im Saale des Volkshauses (Weißes Hof).

Die Kollegen von Pirna und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] Das Vergnügungskomitee.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu bezeichnen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Berlin. Die für den 24. Oktober anberaumten Versammlungen mußten leider, wie schon durch zweimalige „Vorwärts“-Anzeige bekannt gegeben, infolge des Gräberabends verschoben werden. Dieselben finden am Dienstag, den 12. November, statt und werden noch an dieser Stelle bekannt gegeben.

Freitag, den 1. November. Sommerfeld. Abends 6 Uhr im Vereinslokal. Mitgliedsbuch mitbringen.

Sonntag, den 3. November. Elmshorn. Nachm. 4 Uhr bei G. Meier.

Treuenbrietzen. Versammlung fällt aus.

Wittstock. L.-O.: Vorstandswahl.

Zerbst. Nachm. 8½ Uhr im Sprechigen Lokal.

Dienstag, den 5. November. Bitterfeld. Abends 7 Uhr im „Hohengoltern“.

Guben. Abends 6 Uhr im Vereinslokal.

Liegnitz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. Nachher wichtige Tagesordnung.

Rohr. Im Saale „Zur Dombergstraße“. L.-O.: Wahl des Gesamtvorstandes. Die Situation im Baugewerbe. Referent anwesend.

Striegau. Abends 6 Uhr bei Herrn Sauer. Mitgliedsbücher mitbringen.

Mittwoch, den 6. November. Schmalzkalden. Nachm. 6 Uhr im Meiners Restaurant. Mitgliedsbücher mitbringen! Referent anwesend!

Donnerstag, den 7. November. Danzig. Abends 6 Uhr bei Herrn Steppuhn in Schlichtig. L.-O.: 1. Abrechnung vom letzten Quartal 1907. 2. Volksrechnung, Volksauswertung und Zeitung. Referent: Kollege Hermann Wollschütz. 3. Verchiedenes.

Glogau. Abends 6 Uhr im „Kasseler“. Referent anwesend. Bücher mitbringen.

Königshütte (O.-Schl.). Im Gewerkschaftslokal, Ringstr. 3. Mitgliedsbücher mitbringen.

Spandau. Abends 8½ Uhr bei Herrn Schumacher. L.-O.: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Referent: Kollege W. Freitag-Berlin. Mitgliedsbuch legitimiert.

Freitag, den 8. November. Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 16.

Sonntags, den 9. November. Lucka i. S.-A. Im Rühns Restaurant.

Sonntag, den 10. November. Coblenz. Im Gasthaus „Goldener Ring“.

Cöln. (Püger und Püger.) Vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Dangel, Räumergasse 18. L.-O.: Kasienbericht. Vorträge. Verchiedenes.

Gräfenhain. Bei Kühnens.

Gransee. Nachm. 3 Uhr bei Frau Wittwe Franke. Referent kommt.

Werder a. d. H. Nachm. 3 Uhr im Röhlichen Lokal.

Zielentz. Nachm. 2 Uhr bei Kieg. Referent anwesend.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. Sonntag, den 3. November.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 2. L.-O.: Abrechnung vom letzten Quartal. Wahl eines Revisors. Kasienangelegenheiten.

Sonntag, den 10. November. Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 16. L.-O.: 1. Vortrag. 2. Kasien- und Revisionsbericht. 3. Verchiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.